Programm Zeitung

September/
Oktober 2008

Alhambra

LITTLE CUTE GIRL

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 2

schwerpunkt: antifa
Naziaufmarsch in OL 6
Antifa heißt ... 10
Aufruf gegen den Antiislamisierungskongress 16
Interview mit russischen Antifas 20

antirassismus
Gnade vor Recht – 15 Jahre Abschaffung des Asyls 23
Frontex – Kerberos der Festung Europa 26

feminismus
Adieu, weibliches Kollektivsubjekt 28

internationalismus
Nicaragua: Der Ortega-Komplex 32
Hokkaido – das war der Gipfel 35

Begleit- und Medinetz 36

Erhöhung des Solicents

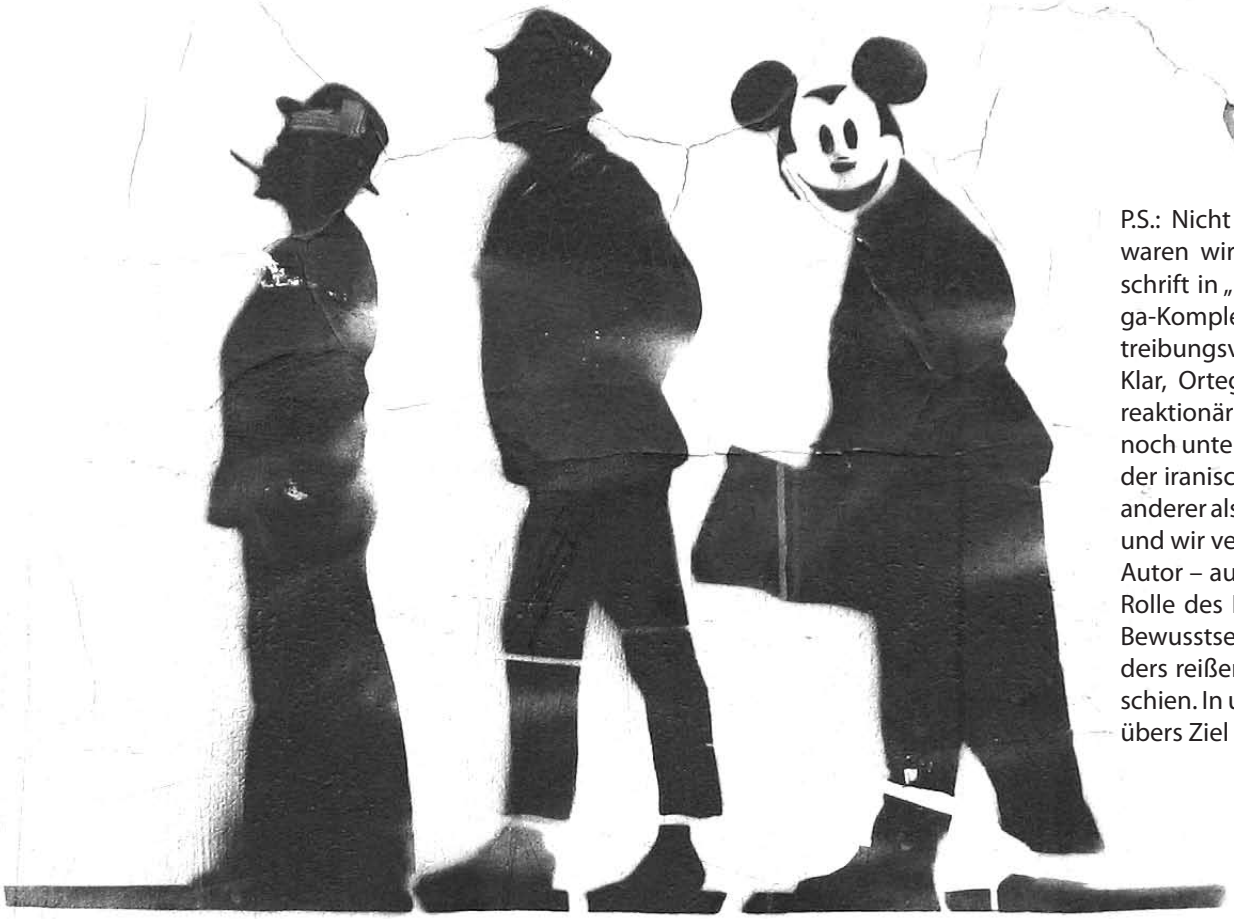
Zum 1. August ist der ‚Solicent' – der ‚Solicent' ist Teil des Eintritts im Alhambra und wird von den Veranstalter_innen an das Alhambra überwiesen – um 50cent auf einen Euro erhöht worden. Die Erhöhung ist zeitlich begrenzt, sie dient dazu dringend notwendige Renovierungs- und Baumaßnahmen, wie etwa die Frauenklos, die Boxen in Saal oder Teile der Elektroinstallation, zu finanzieren. Wenn all der Kram finanziert ist, soll der ‚Solicent' wieder auf 50cent gesenkt werden.

Editorial

Tja, eigentlich hatten wir euch ja zur letzten Ausgabe schon ein schönes Sommerloch gewünscht und wir hoffen, dass ihr das nach dem blöden Naziaufmarsch auch genossen habt. Am 05.07. haben wir die Nazis zwar nicht aus der Stadt getrieben, aber der Haufen von 50 Hanseln, der von 2 500 Bullen vor über 1 500 AntifaschistInnen geschützt wurde, sah schon ziemlich lächerlich aus. Spaß gemacht haben uns auch die zahlreichen kleinen und größeren Aktionen, die diesen Tag für die Nazis noch frustrierender gemacht haben. Danach wurden die Organisatoren – die sich selbst so bezeichnenden „Freien Kräfte Oldenburg" – im Naziumfeld so gedizzt, dass sie sich kurzerhand auflösten. Erschreckender war da schon die Polizeigewalt. Insbesondere in der Kaiserstraße ganz am Ende, als die Nazis schon im fahrenden Zug saßen. Dort verletzten die strukturell mit Testosteron aufgeladenen Bullen ohne Einsatzbefehl von Oben zwei DemonstrantInnen mit einem Messer, renkten einem 13-Jährigen den Kiefer aus, versprühten massenhaft Pfefferspray, und und und

Wir haben uns den Naziaufmarsch zum Anlass genommen, uns in dieser Ausgabe mal ein bisschen auf Antifaschismus zu fokussieren. Unser Schwerpunkt beinhaltet neben einem Teil zum Naziaufmarsch eine Diskussion aus dem Antifa-Infoblatt zur Perspektive von Antifapolitik in der bundesdeutschen Linken (wir hoffen auf Anregungen, LeserInnenbriefe und weitere Artikel). Außerdem drucken wir einen Aufruf gegen den „Anti-Islamisierungskongress" in Köln ab, den wir für einen der spannendsten Mobilisierungspunkte der nächsten Zeit halten. Um zumindest ein bisschen über den bundesdeutschen Tellerrand zu schauen, drucken wir noch ein Interview von russischen Antifas ab, die von ihrem Widerstand erzählen. Dass wir ansonsten sehr auf Doitschland fixiert sind, ist uns bewusst. Das wollen wir allerdings in den nächsten Ausgaben zumindest ein bisschen korrigieren.

Viel Spaß euch! Kein Spaß für Nazis!



P.S.: Nicht ganz einverstanden waren wir mit der Unterüberschrift in „Nicaragua: Der Ortega-Komplex", die da heißt: „Abtreibungsverbot wie im Iran". Klar, Ortegas Frauenpolitik als reaktionär zu bezeichnen ist noch untertrieben. Dennoch ist der iranische Kontext ein völlig anderer als der nicaraguanische und wir vermuten, dass es dem Autor – aufgrund der aktuellen Rolle des Irans im öffentlichen Bewusstsein – als eine besonders reißerische Überschrift erschien. In unseren Augen etwas übers Ziel hinausgeschossen....

Repression gegen AntisexistInnen der Roten Flora

Hamburg In den frühen Morgenstunden des 06. Juli 2008 intervenierten AktivistInnen der Roten Flora als direkt davor ein Mann eine Frau körperlich attackierte. Kurz nachdem dieser mit Pfefferspray vertrieben wurde, kam er mit zwei Messern zurück und griff (vergeblich) die Helfenden an.

Die daraufhin eingetroffene Polizei nahm den Mann fest, nutzte jedoch die Gelegenheit als „willkommenen Vorwand, das ‚neue' polizeiliche Handlungskonzept unter Schwarz-Grün zu erproben" – so die Flora-AktivistInnen in einer Erklärung. Da sich die noch anwesenden Partygäste weigerten, freiwillig ihre Personalien der Polizei auszuhändigen und die Tür zu öffnen, wurde mit einem immensen Aufgebot inklusive Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE), Wasserwerfer und Hubschrauber, die Flora gestürmt. Nach diesem gewaltsamen Eindringen wurden alle noch in der Roten Flora befindlichen Personen vorläufig festgenommen. Entgegen aller Absprachen mit anwesenden Anwälten und trotz vorhandener Schlüssel wurden im Inneren etliche Türen von der Polizei mutwillig zerstört und alle Räume durchsucht.

Demos und kleinere Aktionen fanden daraufhin am Abend neben Hamburg in verschiedenen Städten, u.a. in Freiburg, Düsseldorf, Hannover, Bremen, Berlin, Leipzig und Kopenhagen statt.

Die Medien berichteten über diesen Vorfall tendenziell widersprüchlich und wirr. So wurde stets betont, dass es sich um einen Schwarzafrikaner handelte. Dies entspricht leider der rassistischen Normalität, macht jedoch in diesem Zusammenhang ebensowenig Sinn, wie in den meisten anderen.

Außerdem legte die Presse – allen voran die MOPO (Hamburger Morgenpost) – Wert darauf zu betonen, dass solcher „Knatsch" in Beziehungen „völlig normal" sei. Unnormal ist demnach die antisexistische Intervention in den Normalzustand.

Dementsprechend hieß es dann auch in der Presseerklärung der Roten Flora:

„Für die Einmischung in alltägliche Gewaltverhältnisse und eine antisexistische Praxis immer und überall!"

Grundsatzurteil gegen rassistische Diskothekenbetreiber in Oldenburg

Oldenburg Im Februar 2007 hatte ein Oldenburger Student mit schwarzer Hautfarbe versucht in die Discos in der Baumgartenstraße zu kommen (Loft, Cesar, Cubes). Mit der Begründung, dass „Ausländer" – „Ausländerinnen" hingegen schon – nicht reinkämen, wurde er abgewiesen. Danach ging er vor Gericht und klagte auf 2 000 € Schadensersatz. Ihm ging es jedoch um eine Grundsatzentscheidung gegen die rassistische Einlasspraxis in der Oldenburger Innenstadt.

Richter Lübben beschränkte die Entschädigung jedoch auf 500 €, weil der „Student die Diskothek getestet" habe. Nichtsdestrotz kann mensch hoffen, dass diese Grundsatzentscheidung das Selbstbewusstsein rassistischer Türsteher ein kleines bisschen schmälern wird.

Zwischenzeitlich wurde in der Berichterstattung der NWZ suggeriert, dass er sich die Geschichte ausgedacht habe. So wurde ein Interview und mehrere Artikel abgedruckt, die die Darstellung der Discobetreiber in den Mittelpunkt rückten. Diese behaupteten, dass „der Schwarze" „betrunken und aggressiv" gewesen sei. Spätestens seit der Entscheidung des Amtsgerichts Oldenburg vom 23.07.2008, welches hier einen klaren Verstoß gegen das Gleichbehandlungsgesetz sah, änderte sich die Berichterstattung.

JuZ Verden verliert Selbstverwaltung

Verden Am 8. Juli 2008 entschied der Verdener Stadtrat, dass das Jugendzentrum ‚Dampfmühle' nach 30 Jahren Selbstverwaltung ab Oktober diesen Jahres unter städtischer Verwaltung stehen wird.

Ein Dorn im Auge war das JuZ den konservativen BürgerInnen und der CDU schon lange. Vorgeworfen wird dem

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Jugendzentrum, ein Treffpunkt ausschließlich für Randgruppen zu sein und nicht allen Jugendlichen der Stadt offen zu stehen.

Seit über einem Jahr beteiligte sich der Verein Jugendzentrum e.V. an den Diskussionen um die angedachte Umstrukturierung der ‚Dampfmühle'. Die CDU und SPD forderten alsbald, dass das Jugendzentrum in eine rein städtische Trägerschaft übergehen müsse. Diese Forderung beeinflusste dann auch die Entwicklung der Diskussion, die sich immer mehr um die Trägerschaftsfrage drehte.

Nachdem in der Ausschusssitzung Jugend, Sport & Soziales am 16. Juni 2008 der Beschluss, dem Verein Jugendzentrum e.V. die Trägerschaft zu entziehen und ab dem 1. Oktober 2008 die Stadt als Träger einzusetzen, gefasst wurde, wurde am 28. Juni 2008 eine Kundgebung mit anschließender Demo abgehalten, an der sich etwa 150 Menschen beteiligten um ihren Unmut über die Pläne des Stadtrates kundzutun. Gut eineinhalb Wochen später, am Tag der Stadtratssitzung, wurde erneut zum Protest für die Selbstverwaltung des Jugendzentrums aufgerufen. Die Entscheidung des Rates fiel gegen die Erhaltung der bisherigen Strukturen des Jugendzentrums, die auf Selbstbestimmung der NutzerInnen beruhen. In einem Jahr soll ein so genanntes ‚Netzwerk Jugendarbeit', bestehend aus verschiedensten Vereinen und der Stadt Verden, die Trägerschaft übernehmen.

Schon seit 1978 engagieren sich ehrenamtlich Jugendlichen um in Verden ein alternatives Kulturangebot für junge Menschen anzubieten. Außerdem hat das Jugendzentrum ‚Dampfmühle' bisher als Ort, in dem linksradikale Politik gemacht wird, gedient. Mit der zukünftigen Einflussnahme der Stadt und dem Entzug der Unabhängigkeit wird dies deutlich erschwert werden. Damit geht in weiterer Treffpunkt für linksradikale Politik und Subkultur in der Provinz verloren.

Für die Erhaltung von selbstverwalteten (Jugend-)Zentren!

Homophobe Ausschreitungen in Ungarn

Budapest In Ungarn ist es zu massiven Ausschreitungen gegen den CSD am 5. Juli gekommen. Die GegendemonstrantInnen lieferten sich heftige Auseinandersetzungen mit der Polizei. Mindestens acht Menschen seien verletzt worden, darunter zwei Beamte, sagten Rettungsdienste und die Polizei. Wenige Tage vor dem CSD Budapest hatten Unbekannte zwei Anschläge auf eine schwule Sauna verübt, während Rechtsradikale im Internet zum Protest aufriefen.

Die rechtsextremen Aktivisten György Budaházy und László Toroczkai forderten von „ungarischen Patrioten" Härte: „Wir werden es nicht tolerieren, dass ausländische Perverse jeglicher Hautfarbe ihre ausländische und kranke Welt nach Ungarn bringen", schreiben sie. Die Gruppe Rendszerváltó Fórum („Forum für eine Systemveränderung") hatte neben anderen Gruppen und Privatpersonen die Erlaubnis erhalten, am Samstag gegen den CSD zu protestieren.

Die 1 500 TeilnehmerInnen des „Marschs der Würde" wurden mit Eiern, Flaschen und Steinen beworfen, Beamte, die den Umzug der Schwulen und

DOKUMENTATION

In der Nacht vom 28. auf den 29. Juli haben wir um 2:30 den roten Polo mit dem Kennzeichen OL-MR 212 in der Stettinger Straße angezündet. Leider waren die Bullen mit einem Streifenwagen zu schnell da und konnten das Feuer löschen. Daher ist der Wagen nicht ausgebrannt und mittlerweile auch repariert und fährt wieder durch Oldenburg. Scheiße!
Wir haben den Wagen angezündet, weil Nazis mit diesem Auto wochenlang vor dem Alhambra aufgetaucht sind und Leute angepöbelt und angegriffen haben. So haben die Nazis, die einen Menschen auf dem 'Punker-Platz' mit Pfefferspray und Knüppeln attackiert haben dieses Auto genutzt genauso wie mit diesem Auto eine Frau angefahren und verletzt wurde.
Wir lassen uns nicht gefallen, dass Nazis Menschen bedrohen, verletzen oder sogar versuchen umzubringen. Wir werden dagegen Widerstand leisten und die Nazis direkt angreifen.
Antifa heißt Angriff!

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Lesben schützen sollten, wurden auch mit Brandsätzen angegriffen. Die Polizei setzte Wasserwerfer und Tränengas ein, um die Randalierer zu zerstreuen, von denen viele rechten ultranationalistischen Gruppen angehörten. 45 Personen wurden festgenommen. Ein Polizeiwagen wurde in Brand gesetzt und brannte aus. Die Rechtsextremen griffen zudem einen Streifenwagen an, in dem die europäische Abgeordnete Katalin Levai saß. Sie warfen einen Stein durch die Fensterscheibe. Die Menschenrechtlerin wurde nicht verletzt.

Hitler enthauptet

Berlin Kurz nach Eröffnung der Berliner Sektion des Wachsfigurenkabinetts „Madame Tussauds" hat ein Besucher den Kopf der umstrittenen Hitler-Figur abgerissen. Der 41-jägrige ex-Bulle sei zielgerichtet auf den Wachs-Diktator zugegangen; selbst zwei MitarbeiterInnen der Ausstellung vermochten ihn nicht an seiner Tat, während der er ein lautes „Nie wieder Krieg!" verlauten ließ, zu hindern. Nach der Enthauptung wurden die Reste des rund 200 000 Euro teuren Hitler-Duplikats in einen „nicht öffentlichen" Bereich des Kabinetts geschafft, der Mann nach kurzer Fahndung noch im gleichen Gebäude verhaftet. Er habe wohl „in irgendeiner Weise protestieren" wollen, sagte ein Sprecher.

Verbot des kurdischen Fernsehsenders Roj TV

Berlin Am 2. Juli 2008 belegte das Bundesinnenministerium den kurdischen Fernsehsender Roj TV, der seine Lizenz in Dänemark hat, mit einem Verbot.

Seit 2004 strahlt Roj TV verschiedenste Programme in mehreren Sprachen (verschiedene kurdische Sprachen, Türkisch, Zazaki, Englisch, Arabisch und Aramäisch) über Satellit aus. Außerdem setzt der Sender der chauvinistisch nationalistischen Kriegspropaganda der türkischen und der Ignoranz der deutschen Medien alternative Berichterstattung entgegen.

Das Bundesinnenministerium begründet das Verbot des Betriebs von Roj TV im Bereich der Bundesrepublik mit der angeblichen Nähe zur kurdischen Arbeiterpartei PKK – seit 2007 in Koma Civakên Kurdistan (KCK) umbenannt. Der aktuelle Angriff gegen ROJ-TV reiht sich ein in eine Welle von staatlichen Repressionen der deutschen Behörden gegen die kurdische Befreiungsbewegung und türkische Linke in den letzten Monaten. Nach der Erteilung des Sendeverbots fanden zahlreiche Protestaktionen von kurdischen Vereinen statt.

Êdî Bese!

Schluss mit der Kriminalisierung von KurdInnen in Deutschland und überall!

Solidarität mit den kurdischen GenossInnen!

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

„NATO tötet für Ausbeutung“

Oldenburg Aus Protest gegen die Verherrlichung von Militär und gegen das Kriegsbündnis NATO, sowie als Vorzeichen für den Protest gegen den nächsten NATO-Gipfel im April 2009, verschönerten einige AktivistInnen mit der Parole „NATO tötet für Ausbeutung“ und zwei Farbklecksen das Geschäft „US-Stock Nato Shop“ in der Nadorster Straße. Der NATO-Gipfel wird in der BRD und in Frankreich stattfinden, in den Städten Kehl und Straßburg. Die NATO besteht im nächsten Jahr seit 60 Jahren. Auch das ist Anlass sich mit diesem Bündnis, seiner Geschichte und aktuellen Strategiewechseln auseinanderzusetzen und Verbindungen des Militärs und kapitalistischen Interessen herauszuarbeiten.

Gegen Militarismus in Oldenburg und überall!

Einschluß durch Ausschluß

Oldenburg „Solidarität mit den kämpfenden Gefangenen im Hungerstreik“ war die Aufschrift auf dem Fronttransparent der Solidaritätsdemonstration am 9. August in der Oldenburger Innenstadt. Anlass der kleinen aber kraftvollen Aktion war der Hungerstreik von 551 Gefangenen in über 50 Knästen in der BRD und vereinzelt in Spanien, Belgien und der Schweiz. Der Streik, der vom 1. bis 7. August dauerte, ist verbunden mit der Forderung nach Abschaffung von Isolationshaft, Sicherungsverwahrung und Zensur. Inhaltlich wurden Zusammenhänge vom kleinen System Knast und dem Gesellschaftssystem „Knast“ aufgezeigt und auf die integrierende Funktion von Knästen aufmerksam gemacht. Auf der einen Seite wird eine Normierung der Menschen durch Abschreckung erreicht und Menschen, die Gesetze übertreten werden in die bestehende Gesellschaft eingeschlossen und kontrolliert, indem sie durch das Knastsystem ausgeschlossen werden.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Am fünften Juli in Oldenburg...

Über 3000 Menschen folgten am 5.7.2008 den Aufrufen, den Naziaufmarsch zu verhindern. Die Nazis haben ihre ca. einen Kilometer lange Route in ungefähr einer Stunde absolviert und verließen Oldenburg zwischen 15 Uhr und 16.35. Ob überhaupt irgendwer die etwa 50 Faschisten und Faschistinnen gesehen hat, ist - angesichts des Polizeiaufmarsches - mehr als fraglich.

In der Stadt wollten mehr als 3000 AntifaschistInnen gegen die Provokation der Nazis protestieren. Diese sammelten sich unter anderem am Bahnhofsvorplatz. Anreisenden AntifaschistInnen wurden am Hauptbahnhof durchsucht. Dort gab es auch die erste Verletzten und Ingewahrsamnahmen. Eine Antifaschistin lag über mehrere Minuten bewusstlos am Boden; den anwesenden Demo-SanitäterInnen wurde der Zutritt verweigert und AntifaschistInnen an der Dokumentation der „Maßnahme" gehindert.

Derartige „Maßnahmen" sollten die antifaschistische Demonstration und die Proteste bis zum Ende begleiten. Während tausende Menschen, aus verschiedenen politischen Spektren, demonstrierten, sammelten sich die ersten Nazis am Hauptbahnhof, um ihren Aufmarsch durchzuführen. Bis kurz vor 14 Uhr war noch nicht klar, ob die Nazis überhaupt losmarschieren könnten. An die 200 Nazis waren angekündigt, lediglich um die fünfzig waren erschienen, davon nur ein Drittel im „Style" der so genannten „autonomen Nationalis- ten". Von dem großspurig angekündigten „schwarzen Block" der Nazis war nichts zu sehen.

Obwohl der Rat der Stadt Oldenburg in einer Resolution „seine ablehnende Haltung gegen alle Aktivitäten von Rechtsextremisten und Neonazis" bekundet hatte und die BürgerInnen aufforderte „sich friedlich und engagiert an den vielfältigen Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus zu beteiligen", wurde den Nazis ihr Aufmarsch ermöglicht. Die Verwaltung der Stadt hatte nämlich gegen eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts in Oldenburg geklagt. Der Erfolg dieser Aktion, die auch durch die maßgeblichen MandatsträgerInnen legitimiert worden wird: Den AntifaschistInnen wurde es verwehrt über den Pferdemarkt zu laufen. Statt dessen stoppte die Demonstration zwischen Lappan und einem martialischen Polizeiaufgebot.

Trotz dem fanden viele AntifaschistInnen den Weg auf den Pferdemarkt, um ihren Protest zu bekunden. Ein breites Spektrum an Menschen hatte sich eingefunden, um den Nazis zu zeigen, dass sie nicht ohne Widerstand in Oldenburg aktiv sein können. Der Pferdemarkt war durch die Polizei geteilt worden. Um etwaige Proteste zu verhindern zeigten die BeamtInnen, die unter anderem aus Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern, herbeigekarrt worden waren, eine massive Präsenz. Mehrere Wasserwerfer, Räumpanzer und anderes Material war herbeigeschafft worden. Mehr als 2500 BeamtInnen waren im Einsatz und hatten ihre Tiere dabei: Aufgehetzte Hunde und Pferde, denen beigebracht wurde, in Menschenmengen zu laufen, schützten die Nazis bei ihrem Aufmarsch. AntifaschistInnen undBürgerInnen wurden, durch die Kameras der Polizei, über Stunden überwacht.

Als die Nazis den Pferdemarkt erreicht hatten, war nicht viel von ihnen zu sehen. Auf dem Parkplatz vor dem Havanna sammelten sich die Nazis, um den Reden ihres selbst ernannten Führers Christian Worch und eines Oldenburger „Kameraden" zu lauschen. Dennis Neumann war aber augenscheinlich überfordert und brachte nur wenige Sätze zustande. Die anderen angekündigten RednerInnen waren erst gar nicht erschienen. So stand ein armes Häufchen am Pferdemarkt, beschützt durch tausende PolizistInnen und umgeben von FotografInnen und Kameras.

Ihre minimale Präsenz nutzend, versuchten die Nazis mit einigen Sprechchören auf sich aufmerksam zu machen. Die hat bloß kaum jemand gehört. Trotz alledem gelang es mehr als 250 BürgerInnen und AntifaschistInnen in die direkte Nähe der Nazis zu gelangen und ihrem Unmut über die Nazis Ausdruck zu verleihen. Während Steine, Flaschen und andere Gegenstände den direkten Kontakt mit den Nazis suchten, nahm die Polizei willkürlich Menschen fest. Dabei kam es zu brutalen Szenen. AntifaschistInnen wurden mit Kabelbindern gefesselt und auf dem Boden fixiert, in dem sich die PolizeibeamtInnen auf die Opfer setzten.

In der Kaiserstraße kam es zu heftigen Übergriffen von Seiten der Polizei, bei dem mehrere Menschen zum Teil schwer verletzt wurden. Einem

dreizehnjährigen Demonstrationsteilnehmer wurde der Kiefer gebrochen. Viele TeilnehmerInnen mussten, aufgrund eines CS-Gas Einsatzes, durch Demo-SantitäterInnen behandelt werden. Weitere TeilnehmerInnen wurden bei brutalen

Schlagstockeinsätzen verletzt. Anwesende Demo-sanitäterInnen wurden von der Polizei an ihrer Arbeit gehindert. Eine Demo-Sanitäterin wurde durch die aggressiven PolizeibeamtInnen so schwer verletzt, dass sie mehrere Tage im Krankenhaus lag.

Nach den Angaben der Polizei wurden mindestens zehn Menschen in Gewahsam genommen und 27 Ermittlungsverfahren gegen TeilnehmerInnen der Proteste eingeleitet. Zu dem ermittelt die Polizei gegen unbekannte AntifaschistInnen, die am Rande des Nazi-Aufmarsches zwei Müllkontainer in Brand setzten. Aufgrund der brutalen Übergriffe von Seiten der Polizei können nun feststellen, dass ihr "Einsatzkonzept", aufgrund der der Gerichtsentscheidung des Oberverwaltungsgerichts in Lüneburg zur "Anwendung kommen konnte (…) dies ging, wie sich zeigte, auch auf."

Staatsanwaltschaft muss jetzt handeln!

Presseerklärung der Antirepressionsgruppe 5.7. und der Oldenburger Rechtshilfe

Gegen Ende der Demonstration gegen das Auftreten von Nazis in Oldenburg am 5.7. 2008 kam es zu Szenen, die leider inzwischen auf antifaschistischen Kundgebungen und Demonstrationen normal sind: willkürliche Absperrungen, Platzverweise und Ingewahrsamnahmen, Personenkontrollen und willkürliche Feststellung von Personalien, Video- und Fotoaufnahmen …

Alle diese Maßnahmen führen zu einem massiven Eingriff in die Versammlungsfreiheit und verstoßen gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.

Überzogene Prognosen …

Begründet werden diese Maßnahmen jeweils mit völlig überzogenen Gefahrenprognosen, die dann dazu führen, dass am 5.7.08 zum Beispiel Reiter- und Hundestaffeln eingesetzt wurden und dass gepanzerte Räumfahrzeuge und Wasserwerfer bereit gehalten wurden. Die Polizei baut eine Art Bürgerkriegsszenarium auf, um die „Gefährlichkeit" von antifaschistischen Demonstrationen zu dokumentieren. Dass es in diesem Rahmen zu Übergriffen übelster Art von eingesetzten Polizisten/Polizistinnen kommt, gehört leider auch bereits zu der oben erwähnten „Normalität".

… und neue Qualitäten des Eskalation

Eine neue Qualität ist allerdings auf der Demonstration am 5.7. erreicht worden. Im Bereich der Kaiserstraße ist durch BFE – Einheiten bewusst eine Eskalation herbeigeführt worden, indem mehreren hundert Demonstrantinnen und Demonstranten der Zugang zum Bahnhofsvorplatz ohne Begründung verweigert wurde. Polizisten haben Demonstranten einzeln aus der Demonstration herausgerissen, dabei kam es durch massiven Schlagstockeinsatz und Pfefferspray bereits zu etlichen Verletzungen. Im Zuge dieser Angriffe sind außerdem mindestens zwei Personen durch Messer verletzt worden. Ein Mann hat zwei Schnitte am Oberarm erhalten, eine Frau einen Stich in der linken Brust, nicht weit vom Herzen. Die verletzte Demonstrantin war zwei Tage zur Beobachtung auf einer Intensivstation.

Die betroffene Demonstrantin und die Oldenburger Rechtshilfe haben jeweils Anzeige erstattet – gegen unbekannt – wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung im Amt und des Verdachts auf versuchten Totschlag. Dieser Verdacht ergibt sich aus den nachgewiesenen und dokumentierten Verletzungen.

Die Polizei hat bisher abgewiegelt und verharmlost. So war in der ersten Pressemeldung der Polizei lediglich von „einem leicht verletzten Demonstranten" die Rede, weiterhin verlief demnach der Aufzug „ohne größere Störungen".

Auf Nachfrage wird nur die Auskunft gegeben, dass die Polizei nicht mit Messern ausgerüstet sei, frei nach dem Motto dass nicht sein kann was nicht sein darf. Es ist allgemein bekannt, dass sich Polizisten, gerade solche „Kämpfertypen" wie sie bei einer BFE zu finden sind, privat mit Messern ausrüsten. Die entscheidende Frage, ob es gestattet ist, privat angeschaffte Messer bei einem Einsatz mit zu führen, ist damit eben noch nicht beantwortet.

Die Abgeordneten im niedersächsischen Landtag, Adler (Linke) und Limburg (Grüne) werden hierzu eine entsprechende Anfrage im Landtag stellen. Die Polizeikräfte, die ggf. für den Messerangriff in Frage kommen, sind durch Foto- und Videodokumentation bereits eng eingegrenzt.

Es gibt Aufnahmen, die unmittelbar vor und nach der Verletzung entstanden sind und klar zu identifizierende Polizeibeamte, die sich in der Nähe aufhalten. Wir fordern die Staatsanwaltschaft auf, diese Personen namentlich zu identifizieren und zur Sache zu vernehmen. Weiterhin ist es dringend notwendig, die Einsatzprotokolle und die Protokolle des Funkverkehrs der fraglichen Zeit sicher zu stellen, um zu verhindern, dass diese möglicherweise ermittlungsrelevanten Unterlagen bei länger anhaltenden Ermittlungen „verschwinden".

Wir erwarten eine sofortige lückenlose Aufklärung der Ereignisse.

Antirepressionsgruppe 5.7.
Oldenburger Rechtshilfe

Der Beginn einer notwendigen Diskussion über antifaschistische Aktionen

An dieser Stelle dokumentieren wir Teile einer von der Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen!" angestoßenen und im Antifaschistischen Infoblatt geführten Diskussion über Ziele, Methoden, Inhalte und Praxis von Antifa-Politik. Bisher sind dazu, neben dem Ausgangstext Beiträge der Antifaschistischen Linken International (ALI) aus Göttingen und der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB) erschienen. Wir haben uns dafür entschieden, den Ausgangstext der Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen!" sowie den Beitrag der ALI abzudrucken, da beide zu zum Teil sehr unterschiedlichen Einschätzungen bestimmter Praxen antifaschistischer Politik gelangen, jedoch jedem interessante und wichtige Aspekte einer sinnvollen und im Grunde überfälligen Diskussion abzugewinnen sind.

Wenn dumme Parolen auf schwache Strukturen treffen, wenn Neonazi-Großveranstaltungen fast unwidersprochen bleiben, wenn schnelles Abenteuer die Diskussion um Inhalte und Strategie antifaschistischer Politik ersetzt, dann ist es Zeit für eine kritische Reflexion!

Unserer Meinung nach steckt die linksradikale antifaschistische Bewegung der Bundesrepublik in einer Krise - und dass nicht erst seit gestern. Antifaschistische Mobilisierungen können zunehmend weniger Menschen bewegen. Viele Aktionen schwanken zwischen Pseudomilitanz und Selbstmitleid, und die gesellschaftliche Relevanz scheint uns seit längerem abhanden gekommen zu sein. Was tun? Im Folgenden wollen wir als Kampagne NS-Verherrlichung stoppen! darlegen, welche Entwicklungen wir problematisch finden, was politisch schlichtweg in die falsche Richtung geht und wie unsere Vorstellungen von linker antifaschistischer Politik aussehen. Wir hoffen, damit eine Debatte über Gegenwart und Zukunft des linken Antifaschismus anzuregen - eine Debatte, die unseres Erachtens mehr als überfällig ist.

Anlass der Gründung der Kampagne NS-Verherrlichung stoppen! waren die seit 2001 wieder erlaubten Rudolf Hess-Gedenkmärsche der Neonazis. Deren Teilnehmerzahl hatte sich bis 2003 bereits auf 2500 Neonazis aller Lager und Generationen aus ganz Europa erhöht. Die antifaschistische Bewegung war zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage gewesen, diesem Aufmarsch politisch oder praktisch etwas entgegen zu setzen.

Langfristiges Ziel der Kampagne war und ist es, die alljährlichen Großereignisse der Neonaziszene, die neben der Außenwirkung auch eine starke Bindungswirkung nach innen haben, zu verhindern. Zudem wollen wir in öffentliche Debatten intervenieren: Es geht uns auch darum, die herrschende Geschichtspolitik anzugreifen, da sie den Neonazis Spielräume eröffnet, die sich beispielsweise in Wunsiedel realisieren. Für diese Einmischung müssen wir einen breiten antifaschistischen Konsens in der Gesellschaft etablieren - unter anderem durch Bündnis- und Öffentlichkeitsarbeit. Grundlegende Voraussetzung für diese Intervention bleibt vor allem die Weiterentwicklung des politischen Bewusstseins vieler organisierter und unorganisierter AntifaschistInnen.

Im Jahr 2004 wurde seitens der Kampagne zu einer antifaschistischen Kundgebung nach Wunsiedel eingeladen, ein Jahr später gelang es uns, mit mehr als 80 Infoveranstaltungen, Flugblättern, Plakaten und Pressearbeit, trotz des Verbots des Neonazi-Aufmarsches, etwa 2000 AntifaschistInnen nach Wunsiedel zu mobilisieren. Unser Name deutet es an: Wir haben uns nie als Anti-Hess-Kampagne begriffen, sondern richteten unsere Politik von Anfang an gegen jede Form der Verherrlichung des Nationalsozialismus und der Relativierung der deutschen Geschichte. Aus diesem Grund haben wir mit dem Jahr 2006 unsere Kampagne offensiv erweitert und andere neonazistische Großveranstaltungen, auf denen offen Krieg und Nationalsozialismus verherrlicht wird, in unsere Arbeit mit einbezogen. Die Aufmärsche von Dresden und Halbe und das Treffen von Mittenwald zu thematisieren, den Blick der Öffentlichkeit auf diese Ereignisse zu lenken, Menschen zu Protesten zu mobilisieren war und ist unser Anliegen. Dennoch war es nicht mehr möglich, ähnliches Interesse an einer unserer Aktionen zu schaffen wie in Wunsiedel 2005 geschehen.

Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf Information und Aufklärung und wir versuchen, die Mobilisierung an politischen Kriterien zu orientieren. Konkret heißt das: Wir laden Menschen ein, gemeinsam mit uns für ein längerfristig angelegtes, klar umrissenes politisches Ziel zu demonstrieren. Dabei setzen wir vor allem auf eine politische Bestimmung unserer Praxis statt auf eine ausschließlich emotionale. Denn es ist klar, dass eine lediglich auf Be- und Verhinderung des jeweiligen Aufmarsches ausgerichtete Mobilisierung langfristig politisch scheitern muss. Wir wollen vielmehr versuchen, mit unserer Kampagne auf das gesellschaftliche Kräfteverhältnis insgesamt einzuwirken. Dazu ist es notwendig, die antifaschistische Praxis jeweils an der Situation und unserer allgemeinen Zielsetzung auszurichten.

Vor dem Hintergrund der Überzeugung, dass antifaschistische Arbeit auch immer den Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse und deren Ursachen wagen muss, finden wir die momentane politische Ausrichtung der antifaschistischen Bewegung kritikwürdig. Oft genug zielt die politische Praxis nur darauf ab, sich als „autonome Antifas" darzustellen. Bestimmte Formen des Protestes werden unabhängig von den Gegebenheiten ewig gleich wiederholt, weil bei vielen offenbar die militante Geste ein Ersatz für politisches Bewusstsein geworden ist.

Eine Betrachtung der antifaschistischen Aktionen und Demonstrationen der letzten Jahre zeigt schnell, welche dieser Aktivitäten mobilisierungsfähig sind und vor allen Dingen, wie dazu mobilisiert wird: Selbst die unwichtigsten Kleinstneonaziaufmärsche ziehen eine erhebliche Anzahl von Antifas an - auch über die betroffene Region hinaus - wenn nur die Mobilisierung eine mögliche körperliche Konfrontation verspricht. Dabei kommt es nicht in erster Linie darauf an, dass eine militante Auseinandersetzung

tatsächlich geführt wird - im Gegenteil finden zielgerichtete, organisierte militante Auseinandersetzungen nur noch äußerst selten statt. Anziehungskraft besitzen vielmehr Aktionen, in denen militante und oft mackerhafte Selbstdarstellung umfassend gewährleistet ist. Oft ist die Mobilisierung zu solchen Ereignissen fast ausschließlich auf die Verhinderung von Neonaziaktivitäten ausgerichtet und es steht die Verheißung auf einen Tag, an dem „was geht", im Vordergrund. Dementsprechend auch die Symbolik, die zu solchen Mobilisierungen genutzt wird: Bagger, Superhelden, brennende Mülltonnen und Steine werfende Vermummte.

Nicht selten laufen Aktionen dann auch entsprechend ab: Für die Darstellung identitätsfestigender Posen treffen sich Leute mit gleichen Klamotten und gleichen Vorstellungen davon, wogegen sich linksradikaler Antifaschismus alles abzugrenzen hätte. Eine politische Bewegung sollte jedoch mehr leisten können. Peinliche Parolen wie „Ein Baum, ein Strick, ein Nazigenick" lassen die Distanz zum politischen Gegner missen und schrecken viele AntifaschistInnen von der Teilnahme an politischen Aktionen ab. Uns geht es nicht darum, bestimmte Dresscodes und Lifestyles zu verunglimpfen, sondern wir kritisieren hier die politische und kulturelle Ausrichtung, wie sie sich über Plakate, Slogans und Symbole transportiert - gerade auch von langjährig bestehenden, anerkannten Antifa-Gruppen und einschlägigen Antifa-Zeitschriften. Hinter dieser Ausrichtung, die antifaschistische Politik immer weniger inhaltlich bestimmt und immer mehr auf symbolische Militanz à la „Nazis wegrocken" verkürzt, steht offenbar die Hoffnung, zunächst eine große Masse an jungen Menschen anzusprechen, um diese dann weiter zu Politisieren. Dieser zweite Schritt erfolgt allerdings in der antifaschistischen Bewegung nur selten. Es dürfte auch schwer fallen, jungen Leuten, die zunächst über entpolitisierte „Action" gewonnen wurden, später klarzumachen, dass in der alltäglichen antifaschistischen Arbeit „Action" nur eine Nebenrolle spielt. Besonders problematisch ist hierbei, dass es keine gemeinsame Analyse über den verantwortungsvollen Einsatz von Militanz zu geben scheint.

Natürlich kann Militanz ein Mittel zur Bekämpfung von Neonazis sein - aber das setzt voraus, dass Mensch sich ernsthaft Gedanken über Möglichkeiten, Ziele und Folgen macht und dass diese Form von Militanz so praktiziert wird, dass sie auch im Miteinander mit anderen gesellschaftlichen Kräften und anderen Aktionsformen in solidarischen Bündnissen funktionieren kann. So wie sie zurzeit vom Großteil der antifaschistischen Szene praktiziert wird, ist Militanz aber zur bloßen Symbolik verkommen, die einerseits keine ernsthafte Gefahr für die Aktivitäten der Neonazis darstellt, andererseits aber eine politische Intervention von vornherein ausschließt.

Kommen wir aber noch einmal zurück zu unserer Kampagnenarbeit: Wir den-

ken, dass sowohl der eingangs erwähnte Aufmerksamkeitsrückgang als auch der eben beschriebene Militanz-Symbolismus Ausdrucksformen der Defizite unserer Bewegung sind. Als Reaktion auf den Antifaschistischen Aktionstag in Wunsiedel im Jahr 2005 hörten wir zwar zum einen, dass dieser politisch richtig gewesen sei, aber zum anderen wurde Unzufriedenheit darüber geäußert, an einem Ort zu sein, während Neonazis woanders ihre Aktion durchführen. Schon wurde angefangen, darüber zu diskutieren, ob man Neonazis nicht besser hinterherfahren sollte, anstatt eine eigene politische Veranstaltung zu machen. Diese Diskussion ist wahrlich alles andere als neu und führte schon in den 90-iger Jahren zu einem desaströsen antifaschistischen Politikverständnis, bei dem ein kleiner Haufen hochtechnisierter Antifas einem ähnlich kleinen Haufen Neonazis auf deutschen und europäischen Autobahnen hinterherjagte, wofür sich der Rest der Welt einen Scheißdreck interessierte.

Die erlebnisorientierte antifaschistische Bewegung tendiert zu dem Ort, an dem sich das Feindbild materialisiert - das ist nicht immer verkehrt, manchmal aber kurzsichtig. Da antifaschistische Mobilisierungen jedoch nicht im luftleeren Raum funktionieren, hatten wir versucht, unser politisches Vorgehen in Wunsiedel 2006 den Gegebenheiten anzupassen. Das führte allerdings in ein strategisches Dilemma: Wir entschieden uns gegen eine Veranstaltung vor Ort, sollte der Aufmarsch dort verboten werden. Eine Drei-Optionen-Mobilisierung wurde gestartet: Wenn die Neonazis in Wunsiedel sind, fahren wir dorthin. Wenn sie zentral zu einem anderen Ort mobilisieren, verlegen wir unsere Veranstaltung. Wenn sie dezentral agieren, sagen wir unserer Mobilisierung seitens der

Antifaschistische aktion

Kampagne zu Gunsten regionaler antifaschistischer Strukturen ab. Wie gesagt, das war mobilisierungsstrategisch eine wackelige Angelegenheit, und genau das wurde als Argument gegen unser Vorgehen vorgebracht. Bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt, an dem längst nicht klar war, ob es eine erlaubte zentrale Neonazidemonstration geben würde, war zu erkennen, dass eine große antifaschistische Mobilisierung wie in 2005 nicht gelingen konnte. Fast nirgends war die dafür nötige Infrastruktur entstanden. Wir konnten die abwehrende Haltung der meisten Gruppen: „Noch mal fahren wir da nicht hin, wenn da keine Nazis sind" nicht durchdringen. Es ist offensichtlich, zu welchen Anlässen Interesse geweckt werden kann und vor allem wodurch - gemeinsame politische Vorstellungen und Ziele sind das oftmals nicht. Und hier sind wir eben wieder an dem Punkt einer entpolitisierten Antifabewegung, die nach sehr persönlichen Kriterien über das eigene Partizipieren entscheidet.

Bezeichnend für diese Tendenz war ebenfalls die antifaschistische Reaktion auf den Bundesparteitag der NPD im November 2006 in Berlin, die schlichtweg nicht stattfand. Es gab keine organisierten antifaschistischen Aktivitäten und es kamen weniger Leute als zu manchen Infoveranstaltungen oder schlecht beworbenen Partys. Zum Berliner NPD-Landesparteitag im Februar 2007 gab es zwar einen Aufruf, eine breite Mobilisierung konnte jedoch auch hier nicht gelingen. Die politische Bedeutung eines Parteitags der größten und aktivsten Neonazi-Organisation der Bundesrepublik ist offenbar vielen nicht bewusst - weder organisierten Antifaschistlnnen noch deren (subkulturellem) Umfeld.

Wenn die Relevanz neonazistischer Großveranstaltungen wie beispielsweise in Halbe offenbar nicht gesehen wird, und wenn die politisch-strategische Relevanz von neonazistischen Parteitagen und den damit einhergehenden faktischen öffentlichen Bewegungsspielraum für die NPD auch nicht wahrgenommen wird, stellt sich wirklich einmal mehr die Frage nach dem Inhalt antifaschistischer Politik.

Die oben beschriebenen Probleme wirken sich derzeit noch nicht existentiell auf die Mobilisierungsfähigkeit der antifaschistischen Bewegung aus, dennoch führen sie langfristig zu einer Einbuße an politischer Interventionsfähigkeit. Daher ist es Zeit für eine bundesweit breite Diskussion darüber, auf Basis welcher Analyse und mit welcher Zielrichtung wir in der Zukunft antifaschistische Arbeit gestalten wollen. Dabei ist es wichtig, die sehr guten Recherchen und Analysen, die in den letzten Jahrzehnten in der Antifa-Szene gemacht wurden, ernst zu nehmen. Wir müssen bereit sein, auch lieb gewonnene Traditionen und Selbstverständnisse zu hinterfragen und gegebenenfalls aufzugeben. Antifaschistische Aktionen müssen einem klaren politischen Konzept folgen, müssen eine Perspektive darstellen und dürfen nicht zum Selbstzweck verkommen. In diesem Sinne fordern wir alle aktiven AntifaschistInnen auf, sich an einer gemeinsamen Diskussion über die Gegenwart und Zukunft antifaschistischer Arbeit und Perspektiven zu beteiligen.

KEIN RAUM FÜR DIE VERHERRLICHUNG DES NATIONALSOZIALISMUS!
KEIN ORT FÜR DIE VERDREHUNG DER GESCHICHTE!
KEINE ZEIT FÜR DIE NATION!

...zusammen kämpfen, auf allen Ebenen, mit allen Mitteln!

Wir begrüßen die erneut eröffnete Diskussion um antifaschistische Strategien im Antifaschistischen Infoblatt der Ausgaben 76 und 77. Leider wird eine solche Diskussion nur selten und kaum öffentlich nachvollziehbar geführt. Die Konzepte linksradikaler antifaschistischer Politik haben ihre Stärken aber offensichtlich auch ihre Schwächen. Wir melden uns als zweite Antwort auf den Artikel »Antifa heißt...« zu Wort. Nicht weil wir damit das letzte Wort haben wollen, sondern weil wir hoffen diese notwendige Diskussion fortzuführen und weitere Gruppen anzuregen, sich einzubringen. Wir teilen mit der Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen« und der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB) zahlreiche der von ihnen dargelegten Fragen und Ansatzpunkte. Um es aber in Kürze vorweg zu nehmen: Von der Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen« unterscheidet uns ihre Abgrenzung von den Traditionen des autonomen Antifaschismus und die damit einhergehenden vereinfachenden Polarisierungen innerhalb der Antifabewegung. Die teils allgemeinen Ausführungen der ALB wollen wir durch einige Beispiele aus unserer Praxis der letzten vier Jahre konkretisieren.

Here we go!

Antifaschismus war und ist für uns ein geeigneter Ansatz, um gleichermaßen Menschen innerhalb der radikalen Linken zu sammeln und Handlungsfähigkeit herzustellen, in drängende gesellschaftliche Konflikte zu intervenieren, sowie linksradikale Theorien und Praxis über einen engen Szenekreis und Generationen hinaus zu vermitteln. Damit ein solcher Ansatz linksradikalen Antifaschismus wirksam sein kann, muss er in ein breiter angelegtes Politikkonzept eingebunden sein.

Wir verstehen uns als Teil einer weltweiten Linken, die sich den Zumutungen und existentiellen Bedrohungen durch den Kapitalismus in konkreten Kämpfen entgegenstellt. Bezugspunkt sind für uns alle Menschen, die wie wir innerhalb der ihnen gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen den Kampf gegen den Kapitalismus, das Patriarchat, nationalistischen Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus entwickeln wollen; für eine Gesellschaft, in der die Herrschaft des Menschen über den Menschen überwunden ist. Damit soziale Bewegungen einen emanzipatorischen Charakter entwickeln können, braucht es Kräfte, die solche Positionen hinein tragen und damit gesellschaftlich überhaupt wahrnehmbar machen. Dass dabei einer unserer Hauptansatzpunkte der Antifaschismus ist, begründet sich aus der Geschichte des deutschen Faschismus und der Shoa. Wir leben im Land der Täterinnen. Diese Geschichte schafft ein besonderes Vorzeichen im Bewusst- wie auch im Unbewusstsein der deutschen Gesellschaft. Antifaschistischer Widerstand ist vor allem auch eine konkrete Notwendigkeit, gesellschaftliche Handlungsräume für die Linke gegen die Angriffe der Faschisten aufrecht zu erhalten und zu erkämpfen.

Antifaschistische Bündnisarbeit

Um diesen grob umrissenen Zielen nachzukommen, bedienen wir uns verschiedener Methoden, eine davon ist eine weitgehende Bündnisarbeit mit Gewerkschaften, Parteien, migrantischen Organisationen, religiösen Gemeinden, Bürgerinitiativen und anderen gesellschaftlichen Gruppen. Ausgangsüberlegung ist die Annahme, dass es trotz aller Widersprüche auch punktuell gemeinsame Interessen mit diesen Gruppen geben kann. Unsere Bündnisarbeit ist eine Gratwanderung, die von den spezifischen lokalen Bedingungen in Göttingen und einem hohen Maß an Pragmatismus ermöglicht wird. Die Grenzen dieses Vorgehens zeichnen sich in der Frage ab, ob es uns gelingt Handlungsräume für die radikale Linke zu erweitern und tatsächlich gesellschaftlich zu intervenieren oder aber selber über den Tisch gezogen zu werden und im Bündnis unter zu gehen. Beispielsweise ist es in Göt-

tingen gelungen rechtskonservative Kräfte oder gar die Polizei aus dem Bündnis fernzuhalten und damit eine totalitarismustheoretische Position ins Abseits zu stellen. Neben der Absicht, die Möglichkeiten antifaschistischen Widerstandes gegen diesen oder jenen Neonaziaufmarsch zu verbessern, ist es unser Ziel, Bündnispartnerinnen, die zugleich auch Repräsentantinnen der »gesellschaftlichen Mitte« sein können, mit den Konsequenzen ihrer eigenen Politik zu konfrontieren und diese in Frage zu stellen. Beispielsweise zur inneren Sicherheit, die ihren Ausdruck in Überwachungsgesellschaft und Polizeigewalt findet oder zum staatlichen Rassismus, der Flüchtlinge unter anderen in ihrer Bewegungsfreiheit einschränkt und daran hindert sich politisch zu betätigen. Das Bündnis soll somit nicht nur gesellschaftlich eingreifen, sondern ist auch selbst Schauplatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

All together now

Antifaschismus ist besonders geeignet, die Legitimität staatlichen Handelns in Frage zu stellen und die Notwendigkeit direkter Aktionsformen zu vermitteln. An der Frage der Militanz widersprechen wir der Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen«. Den im Artikel »Antifa heißt...« skizzierten Widerspruch zwischen »militanter Geste« und »politischem Bewusstsein« erachten wir als falsch. Militanz kann sich sowohl gegen das staatliche Gewaltmonopol richten als auch notwendiges Mittel sein, um bestimmte Ziele durchsetzen zu können. Dafür kann es sinn-

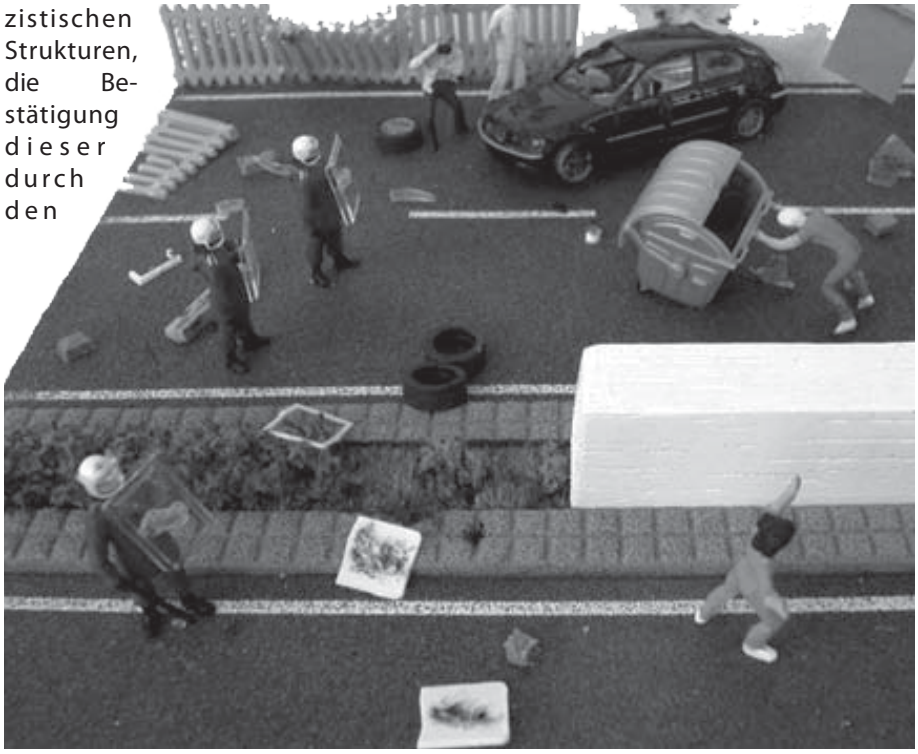
Sie können Deutschland jetzt ausschalten.

voll sein, Symboliken oder kulturelle Ausdrucksformen zu nutzen, die in der Öffentlichkeit als Bereitschaft zur Handlung verstanden werden. Diese Vorgehensweise ist nicht immer Selbstzweck, sondern kann durchaus konkret begründet sein. Beispielsweise verbreitete »die Antifa« vor einem angekündigten Neonaziaufmarsch ein Plakat, auf dem brennende Barrikaden und Steine abgebildet waren. Daraufhin wurde diese Art der Mobilisierung vom Göttinger Ordnungsamt als ein Verbotsgrund gegen die Neonazis genutzt. Auch während der Demonstration »Kein ruhiges Hinterland für Neonazis!« am 19. Januar 2008 in Bad Lauterberg im Südharz wurde auf eine gezielt dosierte Drohgebärde gesetzt, um Bewegung in die kleinstädtische Akzeptanz der neonazistischen Strukturen zu bringen. Daraufhin distanzierten sich z.B. Spielhallenbetreiber endlich von ihren Neonazigästen. Unabhängig von der Frage, welche Vorgehensweise, wir im Detail richtig finden oder selber verwirklichen könnten, bemühen wir uns um eine Choreografie des Widerstandes. Das heißt wir arbeiten in verschiedenen bürgerlichen und linksradikalen Bündnissen daraufhin, dass sich die ohnehin stattfindenden unterschiedlichen Protest-und Widerstandsformen solidarisch zueinander verhalten, konstruktiv ergänzen und sich im Wechselspiel zu einem gemeinsamen Erfolg verhelfen.

»... aber schwarz gehört zu bunt«

Die Nutzung militanter Symbolik und damit verbundener kultureller Ausdrucksformen hat eine weitere Notwendigkeit. Wenn wir uns auf eine wie oben beschriebene weitgehende Bündnisarbeit einlassen, besteht die Gefahr in der Masse des bunten Protestes unter zu gehen, vom staatstragenden bürgerlichen Antifaschismus aufgesogen zu werden und schlicht nicht mehr wahrnehmbar zu sein. Das Konzept des »schwarzen« oder »Antifa-Blocks« bei Demonstration halten wir vor diesem Hintergrund für gelungen, um radikale gesellschaftskritische Positionen und die Bereitschaft zum Handeln -unmittelbar wie auch medial - wahrnehmbar zu machen. Unsere Erfahrung ist dabei, dass die Dynamik in der Antifabewegung, dorthin zu kommen »wo was geht«, weniger sinnentleert ist, als es die Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen« unterstellt. »Wo was geht« heißt für viele »wirkungsmächtig eingreifen zu können«, »erfolgreichen Widerstand erleben« zu können. Dass diese Herangehensweise oftmals hilflos an der Polizeisperre oder im Unterbindungsgewahrsam endet, ist weniger der Dummheit der Aktivistinnen geschuldet sondern den sich verschlechternden gesellschaftlichen Bedingungen für widerständiges Handeln.

Die Rolle des Polizeistaates bei der Durchsetzung von Neonaziaufmärschen und der VS-Agenten beim Aufbau von neonazistischen Strukturen, die Bestätigung dieser durch den fortschreitenden gesellschaftlichen Rechtsruck - all dieses sollte tatsächlich viel stärker im Fokus der Kritik stehen. Das was die Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen« aber ausschließlich als »Problem« beschreibt, ist für uns darüber hinaus wichtiger Teil der Identität vieler junger Antifas und macht die Stärke unserer Bewegung aus. Um zurück zur gesellschaftlichen Vermittlung zu kommen: Mit diesem Gewicht des »Aktionismus unserer Bewegung« werfen wir uns als ernst zu nehmender Verhandlungspartner in die antifaschistische Bündnisarbeit.



Antifaschistische Kulturarbeit

Die bereits angerissenen kulturellen Ausdrucksformen sind innerhalb unserer Arbeit ein wesentlicher Ansatzpunkt, um linke Positionen zu verbreiten. Wir veranstalten regelmäßig und gerade auch im Zusammenhang mit politischen Kampagnen größere Konzerte, beteiligen uns an der Gestaltung und dem Vertrieb von linken T-Shirts und anderem Stuff, verkleben offensiv im öffentlichen Raum Plakate, die wir zuvor inhaltlich diskutiert haben. Dabei geht es uns weniger um eine Subkultur, die sich in ihren Codes festlegt und sich identitätsstiftend

selbst genug ist, sondern um eine linke antifaschistische Kultur, die Rassismus und Sexismus im Alltag zurückdrängt. Ziel ist die Etablierung einer linken Alltagskultur, die der Ausbreitung rechter Ideologien und Strukturen entgegen steht. Auf diesem Wege ist es uns möglich, deutlich mehr Menschen einen Zugang zur radikalen Linken zu eröffnen, auch vielen, die sich von herkömmlichen politischen Aktionen, wie Demos oder Infoveranstaltungen nicht angesprochen fühlen. Gemeint ist kein einfaches funktionales Verhältnis von Politik zur Kultur. Dennoch besteht die Gefahr der Entpoliti-sierung von Kulturarbeit, als radikale Linke lediglich für seichte Unterhaltung zu sorgen oder den „revolutionary chic" gelangweilter Jugendlicher zu liefern. Daher achten wir massiv darauf, den politischen Hintergrund kultureller Veranstaltungen in den Vordergrund zu stellen und Konzerte mit Ausstellungen, Transparenten, Infotischen oder Redebeiträgen von der Bühne zu begleiten.

Metropole und Provinz

Neonazistrukturen verfolgen die Strategie, sich im ländlichen Raum festzusetzen, um von hier aus die Städte zu erobern. Antifaschistische Strukturen in Städten mit einer starken Linken, wie es beispielsweise Göttingen ist, müssen sich diesem Phänomen zuwenden. Sei es aus Solidarität mit den vom rechten Terror Betroffenen oder als strategischer Schritt, um den Neonazistrukturen ihr »ruhiges Hinterland« zu nehmen. Wir plädieren dabei dafür, dort anzusetzen, wo es bereits antifaschistische Strukturen gibt. Ziel sollte es sein, diese zu unterstützen und zu stärken. Letztendlich können nur sie selbst es sein, die im Alltag der rechten Kultur und den Neonazis entgegentreten. Konkreter Ansatzpunkt kann sein, linke Räume, kulturelle Events oder politische Aktionen zu unterstützen, die Möglichkeiten der Beteiligung, des Kontaktes und des Erlebens von gemeinsamer Stärke greifbar machen. Unsere Erfahrungen mit diesem Ansatz antifaschistischer Intervention im ländlichen Raum, beispielsweise im Südharz, sind widersprüchlich. Während es auf der einen Seite gelingt mit relativ wenig Aufwand große Wirkung zu erzielen, ist es zugleich nötig, die eigene Arbeitsweise sehr stark an die veränderten Bedingungen anzupassen, auch wenn dieses manchmal bis an die Grenzen des politisch und zwischenmenschlich Erträglichen geht.

Bundesweite Organisierung

Die begrenzteren Möglichkeiten kleinerer Antifagruppen müssen auch bei bundesweiten Aktionen wie in Wunsiedel oder bei allgemeineren bundesweiten Organisierungsbemühungen der radikalen Linken berücksichtigt werden. Wir begrüßen bundesweite Aktionen und Strukturen, die eine Beteiligung auf unterschiedlichem Niveau ermöglichen, Veranstaltungstouren und Material anbieten oder Diskussionen um Strategien und Perspektiven eröffnen. Eine bundesweite Organisierung innerhalb der radikalen Linken und internationale Kontakte mit Genossinnen in anderen Ländern sind uns wichtig, um über die spezifischen lokalen Bedingungen hinaus im Austausch zu stehen und auf dieser Ebene intervenieren zu können. Daher haben wir Erfahrungen in verschiedenen Organisierungsansätzen gesammelt und uns an mehreren Kampagnen beteiligt, unter anderen auch an den Aktionen zu Wunsiedel in den Jahren 2004 und 2005. Wir respektieren die weiteren Bemühungen der Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen«, was uns stört, ist aber der stark moralisierende Unterton bei der Begründung und Werbung für die Aktionen. Antifaschistische Konzepte stoßen nicht erst seit Wunsiedel an ihre Grenzen, sondern bereits seit Mitte der 1990er Jahre, seit sich die Neonazi- Veranstaltungen in ihrer Qualität und Quantität gesteigert haben und der Polizeistaat diese rücksichtslos durchsetzt. Antifaschistische Aktionen sollten unter den gegebenen Bedingungen Aussicht auf Erfolg haben, dazu gehört auch, ob es gelingt innerhalb der eigenen Bewegung Ziele und Taktiken zu vermitteln.

Uns stellt sich zudem die Frage des politischen Bezugsrahmens, das heißt mit welchen Gruppen oder Spektren wollen wir welche Ziele erreichen? Welche Perspektiven soll eine Zusammenarbeit über die konkrete Aktion hinaus eröffnen? Die starke Ausdifferenzierung innerhalb der Antifabewegung seit den Kriegsmobilisierungen und der antiarabische Rassismus nach dem 11. September 2001 stellen gemeinsame Aktionen aufgrund der zugespitzten Polarisierungen und Eskalationen in Frage. Sich vor diesem Problem unter einer »alle gegen Nazis«-Losung in einer bundesweiten Kampagne einfach weg zu ducken, halten wir für falsch. Um wieder am Anfang unseres Artikels anzukommen: »Damit ein solcher Ansatz linksradikalen Antifaschismus wirksam sein kann, muss er in ein breiter angelegtes Politikkonzept eingebunden sein.«

Ausführlichere Texte zu hier angerissenen Überlegungen finden sich auf der Homepage www.ali.antifa.de

Fight the game!

Rassismus, Islamismus, Nationalismus und Kapitalismus bekämpfen!

Europäische Patrioten verjagen!

Face the players!

Für das Wochenende vom 19. bis 21. September 2008 lädt die extrem rechte Bürgerbewegung pro Köln die europäische Rechte zu einem »Anti-Islam-Kongress« nach Köln ein. Die angekündigten TeilnehmerInnen des Kongresses gleichen einem Line-up des Grauens: So sollen angeblich mehrere »Patriotische Gäste« aus der BRD, wie Harald Neubauer (Herausgeber von Nation & Europa) oder der Bundestagsabgeordnete Henryk Nitzsche (ehem. CDU) sowie aus den europäischen Ländern: die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), der belgische Vlaams Belang, der Front National (FN) aus Frankreich, Alsace d'abord (Das Elsass zuerst), Die Freiheitlichen aus Südtirol, die British National Party (BNP) aus England, die Lega Nord aus Italien sowie extreme Rechte aus dem ehemaligen Jugoslawien, Ungarn usw. ihr Stell-dich-ein geben.

Die extreme Rechte jubelt bereits im Vorfeld, dass »Deutschland eine solche Veranstaltung von rechts noch nie gesehen habe!«. Und ganz Unrecht haben sie nicht: Die Dimension ist nicht nur eine neue durch die erwartete Teilnahme extremer Rechter aus ganz Europa, sondern auch die Thematik »Anti-Islam« scheint den Kern des Zeitgeistes zu treffen. Die Ressentiments gegen MuslimInnen nehmen in den letzten Jahren in Europa immer weiter zu. Laut Heitmeyer-Studie aus dem Jahre 2006 würden zweiundzwanzig Prozent der Befragten am liebsten gar keine MuslimInnen in Deutschland haben und dreiunddreißig Prozent fühlen sich durch die vielen MuslimInnen manchmal wie Fremde im eigenen Land.

So wundert es kaum, dass die extreme Rechte das Thema für sich entdeckt hat und nun um im Namen einer vermeintlichen Islamkritik ihre rassistischen Plattitüden von sich gibt. Ganz neu ist die Begeisterung der Rechten für das Thema »Anti-Islam« jedoch nicht: Bereits 1983 feierte z.B. Jean-Marie Le Pen (FN) seinen politischen Durchbruch und seine ersten Wahlerfolge mit Bedrohungsvorstellungen, die sich um den Islam drehten.

Inzwischen ist vor allem Anti-Moscheebau zu einem Thema der extrem Rechten in Europa geworden. Moscheen werden als »Unterschlupf für Islamisten« bezeichnet, die über kurz oder lang die Herrschaft übernehmen wollen würden und die eigene »christlich-abendländische Kultur« sei durch »muslimische Überfremdung« bedroht. Auch in anderen europäischen Ländern werben extrem rechte und (post)-faschistische Parteien usw. mit anti-islamischen Parolen. So fordert die FPÖ ein Verbot für Minarette und ihr Vorsitzender Strache spricht davon, dass der Kampf der Kulturen bereits begonnen habe und der Islamismus der Faschismus des 21. Jahrhunderts sei. »Anti-Islam« als Thema hat Hochkonjunktur; den rechten Gruppierungen geht es aber nicht darum, sich kritisch mit dem Islam auseinanderzusetzen, sondern auf diesem Wege rassistische und nationalistische Inhalte zu transportieren und die Bevölkerung an sich zu binden. Fatal ist allerdings, dass bei einem Teil der Bevölkerung Europas diese »Anti-Islam-Kampagnen« auf Zustimmung stoßen.

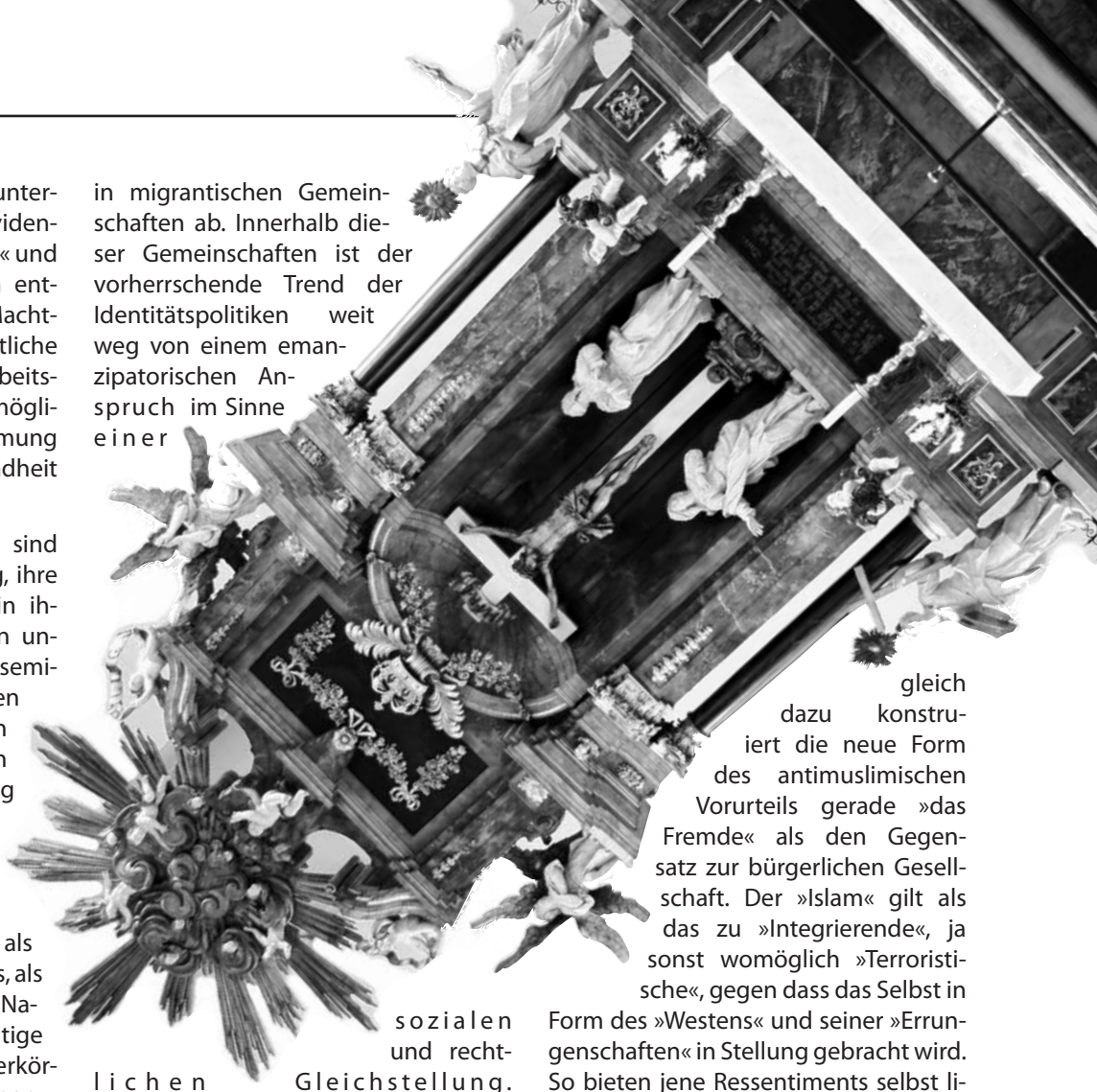
Diesen zunehmenden gesellschaftlichen Ressentiments gegenüber dem muslimischen Bevölkerungsanteil sowie der Ausweitung rechtspopulistischer Elemente im politischen Geschäft Europas scheinen weder das kaum noch wahrzunehmende linksliberale Bürgertum noch die antifaschistische Bewegung etwas entgegen setzen zu können. Diverse Gegenmobilisierungen zu Aktionen der extremen Rechten, welche sich gegen den »Islam« richten, verliefen eher zurückhaltend oder gar nicht. Die Ursache liegt weniger an den spezifischen Akteuren der extremen Rechten, als an der politischen Bewertung der »AntiIslam-Kampagnen«. Die Kritik am Islamismus sowie die Kritik an Antisemitismus und Patriarchat im Kontext des Islams scheinen mit einer antirassistischen Positionsbestimmung unvereinbar zu sein. Vor allem dann, wenn eine Kritik zum Phänomen rassistischer Hetze, codiert in einer vermeintlichen Islamkritik, Stellung beziehen soll.

Jeder Rassismus basiert auf der Konst-

ruktion grundlegender Wesensunterscheidungen angeblicher Kollektividentitäten im Schema eines »Anderen« und eines »Selbst«. Diese Identitäten entstehen aus Macht- bzw. Nicht-Machtpositionen innerhalb gesellschaftliche Widersprüche, wie dem Lohnarbeitsverhältnis, Patriarchat oder der möglichen oder unmöglichen Wahrnehmung »sozialer Rechte« (Bildung, Gesundheit usw.).

Die verschiedenen Rassismen sind durch ihre historische Entstehung, ihre ideologische Herleitung, sowie in ihren gesellschaftlichen Funktionen unterschiedlich. Der moderne Antisemitismus ist mit dem postkolonialen Rassismus nicht identisch, auch wenn beide ihren grundlegenden Ursprung in der Durchdringung der gesellschaftlichen Sphären durch das kapitalistische Wertprinzip haben. Die als „Andere" Konstruierten erscheinen als die willenlosen Objekte des Marktes, als Verkörperung des Gebrauchswerts, als gezähmte und doch unzähmbare Natur, während die »Juden« als mächtige Repräsentanten des Marktes, als Verkörperung des Tauschwertes, erscheinen.

Die dominierenden Ausdrucksformen des Rassismus haben in den letzten Jahren in Europa eine »Modernisierung« erfahren. Anfang der Neunzigerjahre war noch der »klassische« biologistische und völkische Rassismus selbst in der so genannten Mitte der Gesellschaft vorhanden. Im Rahmen der Transnationalisierung der Kapital-Akkumulation (»Globalisierung«) nahmen Wohlstandschauvinismus sowie Standortnationalismus zu. Dass »Ausländer die Arbeitsplätze wegnehmen und unsere Sozialsysteme unterwandern«, wusste spätestens im Rahmen der Debatte um die Abschaffung des Asylgesetzes 1993 auch der letzte Genosse innerhalb der SPD. Die Kulturalisierung des Selbst und der Anderen wurde fast hegemonial. Soziale Konflikte werden als »Kampf der Kulturen« gedeutet. Im Namen einer »multikulturellen Gesellschaft« wird eine staatliche »Fremdkulturalisierung«, wie im jüngsten Beispiel Schäubles Islamkonferenz zu sehen, vorangetrieben. Gleichzeitig zeichnet sich eine stärker werdende Eigenkulturalisierung in migrantischen Gemeinschaften ab. Innerhalb dieser Gemeinschaften ist der vorherrschende Trend der Identitätspolitiken weit weg von einem emanzipatorischen Anspruch im Sinne einer sozialen und rechtlichen Gleichstellung. Stattdessen sind vermehrt rückschrittliche Autarkievorstellungen zu beobachten, die einen Rückfall hinter das bürgerliche Recht darstellen.



Auch bei der »Islam-Debatte« ist der kulturalistische Rassismus die häufigste Folie für die Auseinandersetzung mit dem „Islam". Die muslimische Bevölkerung wird nicht als durch die gesellschaftlichen Verhältnisse geprägte Subjekte anerkannt, sondern trotz unterschiedlichster Migrationshintergründe, religiöser Zugehörigkeit (Schiit, Sunnit, Alevit, usw.), usw. als »die Moslems« konstruiert. Der Islam erscheint damit als einheitliche Formation, der in all seinen Differenzen und Unvereinbarkeiten ein in sich identisches Wesen trage.

Die Ressentiments gegenüber der muslimischen Bevölkerung bekommen im Vergleich zum völkischen Rassismus der Neunzigerjahre eine neue Dimension insofern der völkische Rassismus sich auf Konstruktionen von Volk und Rasse berief, welche scheinbar immer unvereinbar mit dem Gleichheitspostulat der bürgerlichen Gesellschaft waren. Im Vergleich dazu konstruiert die neue Form des antimuslimischen Vorurteils gerade »das Fremde« als den Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaft. Der »Islam« gilt als das zu »Integrierende«, ja sonst womöglich »Terroristische«, gegen dass das Selbst in Form des »Westens« und seiner »Errungenschaften« in Stellung gebracht wird. So bieten jene Ressentiments selbst liberalen Kreisen Anknüpfungspunkte für eine offensive Forderung nach Ungleichbehandlung und Aberkennung bürgerlicher Rechte bei Muslimen. Die »demokratische Mitte« kann ohne Schwierigkeiten verfassungsmäßige Grundrechte der BRD unter der Losung der Integrationsfähigkeit als Privilegien verteilen und muss sich ihres Zynismus, der sich in dem Abbau und gleichzeitigem Hochhalten dieser Rechte widerspiegelt, nicht vergegenwärtigen. Eine kulturalistische Metamorphose der Gesellschaftsbilder findet statt, in der Individuen samt ihrer Lebenslagen und Probleme zum Schweigen gebracht sind und eine systematische Zuweisung von sozial schlechter gestellten Positionen vollkommen unhinterfragt bleibt. Die verschiedensten sozialen Phänomene werden zu Repräsentanten der homogenisierten Kollektivblöcke (Islam, Westen) verwandelt.

No place to hide for idiots!

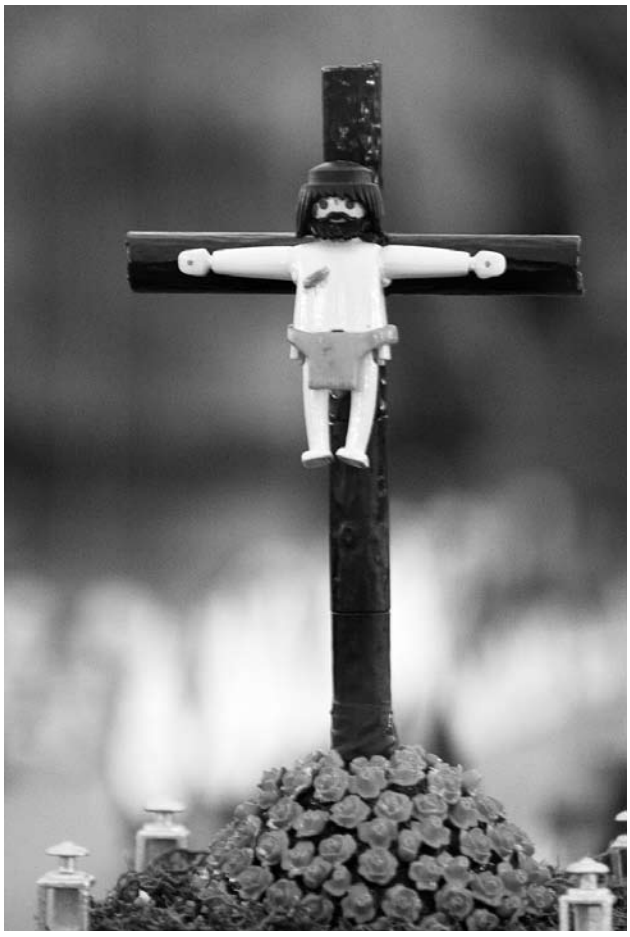
Die so genannte Kritik am Islamismus ist meistens überhaupt keine Kritik.

Eine radikale Kritik des Islamismus als reaktionäre politische Bewegung muss im marxschen Sinne des Wortes radikal sein, also den Ansatzpunkt in den gesellschaftlichen Verhältnissen und nicht in den Seufzern (Koran-Versen) verorten.

Es geht nicht darum, im Namen einer bedrängten Kultur das Ziel, die Emanzipation des Menschen, zu verdrängen, sondern den Weg dorthin klarer zu sehen. Es bedarf noch nicht einmal des dialektischen Materialismus um zur Auffassung zu gelangen, dass Religiöses in den realen weltlichen Vorgängen zu bewerten und zu kritisieren ist.

Die Theorien, denen Islam als Religion und der Islamismus als politisch-soziale Bewegung einerlei sind, die dadurch den historischen und gesellschaftlichen Gehalt des Islamismus einfach liquidieren, ohne ihn wirklich zu kritisieren, werden außer platter Polemik und Bejubelung aus der falschen Ecke (Nazis usw.) wenig erreichen. Von den islamischen Religionen führt kein notwendiger Weg in die Politik. So lehnen viele Gläubige die direkte Allianz mit der Politik, die sie als Institutionalisierung weltlicher Herrschaft und derer Interessen sehen, um der religiösen Reinheit Willen ab.

Der Islamismus ist als politisches Phänomen nur im Kontext eines modernen Nationalismus und in seiner historischen Besonderheit zu erfassen. Erst im Zuge und als reaktionäre Antwort auf die gesellschaftlichen Veränderungen in der Phase des klassischen Imperialismus (Ende 19. / Anfang 20. Jahrhunderts) entwickelte sich der Islamismus. Die transnationale »Umma« wurde die antiokzidentale Version des »freien Weltenbürgers«. Die Ordnungspolitik des Islamismus im Inneren wie im Äußeren hat seine Entsprechung im verzerrten Spiegelbild des bürgerlichen Staates. Die Popularität gewinnt der Islamismus primär als soziale und nicht als religiöse Bewegung. Er mobilisiert als Sozialbewegung eine gemeinschaftliche Identität, die versucht, jede Individualität auszumerzen. So propagiert der Islamismus eine »organische« Staatsordnung, der an die Stelle von Klassenauseinandersetzungen eine korporativistische Arbeitsdiktatur setzt. Der Koran ist für IslamistInnen sakrosankt, also in keinerlei Hinsicht verhandel oder relativierbar. Er gilt als das unmittelbar von Gott stammende Wort als die absolute Wahrheit und somit als einziger Maßstab jedweden Tuns. Somit stellt



sich die Formierung des Islamismus zur politischen Bewegung als das Ende der Politik und ihre negative Aufhebung in einer romantisierten, kulturell homogenen Zwangsgemeinschaft (Umma) dar, weil jedwede Relativierung oder Revidierung von Positionen im politischen Kontext als Abweichung und Desertation vom Wort Gottes gilt. Ebenso gilt die Scharia - die Rechtsbestimmung aus dem Vorderen Orient des siebten Jahrhunderts - und die darin fixierten Geschlechterrollen als das wortwörtlich von Gott bestimmte Gesetz. Die Umsetzung dieser durch die Institutionalisierung der Scharia, welche das Ende der sozialen Ungleichheit verspricht, verdeutlicht dabei jedoch nicht die Verwirklichung der Religion Islam. Das konstruierte »Wesen« wird also nicht zum »Dasein«. Stattdessen zeigt es die Krise des Islams als Religion, der gefangen in feudalistischen Normen und Ordnungsvorstellungen längst vergangener Zeiten keine Antworten auf die sozio-ökonomischen Veränderungen (Kolonialismus, Kapitalisierung zuvor feudalistisch organisierter Lebensräume) zu finden vermag. Die Kritik des Islamismus muss eine Kritik am Rassismus in der Kritik am Islamismus beinhalten. Also eine Kritik jenseits des kulturalistischen Mainstreams sein und die Waffe auf jene Verhältnisse richten, die diese reaktionäre Bewegung erst ermöglichten.

Rechtpopulismus meets Neoliberalismus

Klassisch rechtspopulistische Parteien sind und waren in den letzten Jahren an der Macht in mehreren europäischen Ländern. Beispiele sind Berlusconis Bündnis Volk der Freiheit (ODL) oder die Regierungsbeteiligung der FPÖ unter Haider in Österreich. Gleichzeitig generieren sich in Europa immer mehr Politiker durch Polarisierung und rechte Rhetorik, die dem Rechtspopulismus entlehnt ist. Die polnischen Kaczyhski-Brüder aber auch Nicolas Sarkozy bedienten sich Methoden des Rechtspopulismus und bekommen reichlich Zuspruch aus den Bevölkerungen. Die rechtsnationale Schweizer Volkspartei (SVP) ist ebenfalls durch den Populismus von Christoph Blocher zur stärksten Partei avanciert. Rechtspopulismus ist somit längst kein Phänomen das auf (post)-faschistische Parteien oder Bewegungen mehr begrenzbar wäre, vielmehr scheint der Rechtspopulismus, wenn auch noch nicht in der BRD, so doch in Europa ein adäquates Krisenbewältigungs-Konzept für die bürgerliche Ordnung zu bieten. Alle diese verschiedenen Rechtspopulismen in Europa haben ihren Ursprung in den Krisenphänomenen sozialer und ökonomischer Art der letzten Jahrzehnte.

Die Abwendung von Konzepten des Welfare-States, Staatssozialismus oder sozialdemokratischem Korporatismus hin zum so genannten Neoliberalismus, haben die Krisen auf politischer und sozialer Ebene verschärft und zu einem Kontroll- und Legitimationsverlust der politischen Systeme geführt. Eine allgemeine Krise traditioneller Parteistrukturen und Gewerkschaften durch den Bedeutungsverlust des Korporatismus und eine stärker werdende Entsolidarisierung verstärken diese Legitimationskrise. Entgegen ihrem Auftreten, ob inhaltlich oder propagandistisch, sind rechtspopulistische Akteure und Strukturen keine Opposition gegen das herrschende System, sondern stabilisierender Faktor. Wie sehr sich auch Rechtspopulisten anti-elitär präsentieren, ihr Antielitarismus bezieht sich, wenn überhaupt, nur gegen eine »politische Klasse« und nie auf gesamtgesellschaftliche Machtverhältnisse. Gerade die propagandistischen Elemente des Rechtspopulismus wie Nationalismus, Rassismus, Elitarismus und Sozialneid bieten eine verstärkte Bindung an die jeweiligen Nationenkonstrukte. Politische Themen wie Zuwanderungs-Beschränkungen, soziale Ausgrenzung, »innere Sicherheit« oder Anti-Islam und kulturalistischen Rassismus gestatten es, rechtspopulistische Themen im Mainstream zu etablieren. Der Rechtpopulismus ist insofern ein umsichtig modernisierter Rechtsradikalismus in liberaler Erscheinung. Insbesondere erlaubt der Rückgriff der extrem Rechten in Europa auf politische Theorien der Zwischenkriegszeit und Vorbilder bei der wirtschaftsliberalen amerikanischen Rechten, im Gegensatz zu bisherigen historischen Vorbildern aus dem europäischen Faschismus, den Modernisierungsprozess hin zum Rechtspopulismus und somit zur gesellschaftlichen Relevanz zu vollziehen.

Der Rechtspopulismus bietet die ideologische Verbindung von Wirtschaftsliberalismus und Nationalismus, welche in Zeiten der offensichtlich werdenden sozialen Krise und eines erstarkten Nationalismus sich als zeitgemäßes Gesellschaftsmodell verkaufen lässt. Die Regierungsbeteiligung von Alleanza Nazionale in Italien oder FPÖ in Österreich verdeutlicht, dass (Post)-Faschismus und Rechtpopulismus mit einem neoliberalen Programm verbunden werden können. Dies zeigt, dass es sich beim Rechtspopulismus nicht um eine Gegenbewegung zum neoliberal geordneten Kapitalismus handelt, sondern sich zum Neoliberalismus komplementär verhält. Die volkstümlich inszenierten Proteste der Rechtspopulisten gegen das „politische Establishment" sind kein Beleg für den Anspruch der Errichtung einer »Volksgemeinschaft« à la NSDAP, sondern der forcierten Transformation spät-bürgerlicher Ordnung hin zu einer autoritären Staatsordnung, die vermehrt durch sozialdarwinistische Ordnungsstrukturen und rassistischen Ausgrenzungsmuster versucht, die soziale Krise zu bewältigen.

In diesem Sinne ist die Kampfansage an die reaktionäre Bewegung des Rechtspopulismus ebenfalls ein Aufruf die Perspektive der sozialen Emanzipation wieder zum Tagesgeschäft zu machen.

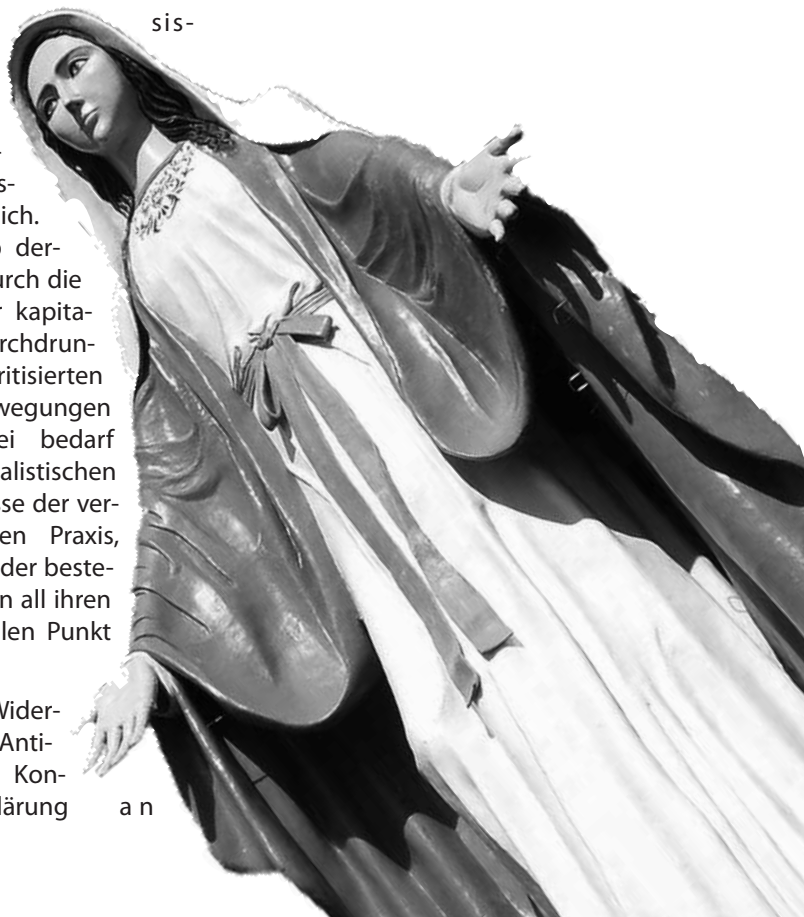
Let's change the climate!

Dort, wo sich Reaktionäre jedweder Art formieren, gilt es, alle Formen des Widerstandes anzuwenden. Ein Leben ohne Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus und Patriarchat ist nur jenseits der kapitalistischen Verwertungsmaschinerie möglich. Das Leben innerhalb derselben wird immer durch die sachliche Gewalt der kapitalistischen Logik durchdrungen sein und die kritisierten Strukturen und Bewegungen hervorbringen. Dabei bedarf die Kritik der kapitalistischen Produktionsverhältnisse der vermittelnden politischen Praxis, die die radikale Kritik der bestehenden Verhältnisse in all ihren Ansätzen zum zentralen Punkt macht.

Daher muss der Widerstand gegen den »Anti-Islamkongress« im Kontext einer Kriegserklärung an jene Verhältnisse, aus denen heraus jene Bewegungen wie die der extremen Rechten überhaupt erst erwachsen konnte, geführt werden.

Wir rufen dazu auf, nicht nur die Waffe der Kritik vom 5. bis 7. September in Köln beim Antifa-Debatten-Konferenz »Feel the Difference?!« zu schleifen und die Kritik der Waffen am Wochenende 19. bis 21. September nach Köln zu tragen. Am Abend des 19. September wird unter dem Motto:»Fight the Game! - Rassismus, Nationalismus, Islamismus und Kapitalismus bekämpfen!« die Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen auf die Straße zu tragen. Am Samstag den 20. September, rufen wir dazu auf, sich an den Großblockaden vor dem Kongresszentrum zu beteiligen und jede Möglichkeit, die sich bietet zu nutzen, in all ihren Aktionsformen.

Wir treten ein für eine Gesellschaft frei von allen Widerlichkeiten wie: Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Islamismus und Patriarchat!



»SIE MÜSSEN MIT GEGENWEHR RECHNEN«

Antifas aus Russland im Interview

Immer wieder kam es in den letzten Jahren in Russland im Zuge gewaltsamer rassistischer Übergriffe zu Todesfällen. Eine Vielzahl von Neonazi-Gruppen und Organisationen konnte jahrelang ungestört agieren und auf eine weit verbreitete, staatlicherseits mitgeschürte Fremdenfeindlichkeit aufbauen. In den letzten Jahren bildeten sich aber in größeren Städten Antifa-Gruppen, die sich gegen die Übergriffe der Neonazis inzwischen wirkungsvoll zur Wehr setzen. Kirill aus Moskau und Roman aus der westrussischen Stadt Bryansk berichten über Antifaarbeit in Russlands Provinz und Hauptstadt.

Wie stellt sich die aktuelle Situation in Moskau und Bryansk Ende des Jahres 2007 dar?

Kirill: Die Situation hat sich im Vergleich zu der sehr krassen Zeit vor zwei Jahren etwas entspannt. Unzählige Angriffe trafen damals vor allem Menschen dunkler Hautfarbe, vor allem aus dem Kaukasus- und Angehörige der Punk- und Hardcore-Subkultur, mit zum Teil tödlichen Folgen. Jetzt ist es etwas ruhiger geworden. Die Neonazis haben verstanden, dass sie mit Gegenwehr rechnen müssen. Sie scheuen sich offen ihre Symbole zu zeigen und sich auf unseren Veranstaltungen oder Konzerten blicken zu lassen.

Roman: In Bryansk ist die Auseinandersetzung noch in einem sehr frühen Stadium. Das, was Moskau schon erlebt hat, entwickelt sich dort gerade erst. Alle Jugendichen hingen früher zusammen herum und es kam zu keinen Auseinandersetzungen zwischen ihnen. Die Szenen haben sich inzwischen auseinanderdividiert: Sie kommen nicht länger auf die von uns veranstalteten Konzerte, sondern sprechen anonyme Drohungen gegen uns aus. Manchmal bedrohen sie einzelne Leute nach Konzerten, aber sie gehen darüber nicht hinaus. Vieles deutet darauf hin, dass es bald zur Eskalation kommen wird, von ihrer wie auch von unserer Seite.

Könnt ihr einen kurzen Überblick über die eigenen Strukturen geben? Wie viele Leute sind mit der Antifa verbunden? Was für Aktionen finden statt?

K: Die heutige Antifa bildete sich als Selbstschutz vor den Neonazi-Angriffen auf die Punk/HC-Szene. Wenn es am Anfang vor allem darum gegangen war, sich zu schützen und die eigene Sicherheit zu gewährleisten, wurde die Gewalt schließlich auch zu einem der Mittel, die Wurzeln der Probleme anzugehen.

Wie ist die Situation in Bryansk?

Hier gibt es die Punk/HC-Szene und die Aktivität geht meist von unserer Seite aus. Zum Beispiel veranstalten Anarchisten food not bombs-Suppenküchen, an denen viele von uns beteiligt sind. Bei diesen Aktionen kamen auch Neonazis, die offen unsere Veranstaltungen abfotografierten und uns zuriefen, dies wäre unsere letzte Aktion gewesen. Sie kommen aus Zusammenhängen der Fußballhools und der DPNI, der rechtsradikalen »Bewegung gegen die illegale Einwanderung«. Die DPNI ist in Bryansk verboten worden, einige ihrer Leute sind aber nach wie vor aktiv. Sie hatten auch angekündigt das letzte Hardcore-Konzert sprengen zu wollen. Wir haben alles Notwendige dafür getan, dass alle unbeschadet zum Konzert hin und wieder zurückkamen. In Moskau war die Situation dagegen sehr schwierig.

K: In Moskau fingen sie mit den Angriffen an, hinterrücks und in Überzahl. Die jetzige Situation ist kein Spiel, das ist Krieg.

Ihr habt euch Erfolge erkämpft. Inwie¬weit hängen diese Erfolge zusammen mit der Kampagne in den Massenmediengegen Neonazi-Skinheads und den Maßnahmen des Staates gegen Neonazis?

K: Vorweg: Zwischen uns und der Staatsmacht oder der Miliz bestehen keinerlei Kontakte. Der Staat verfügt natürlich über wirksame Mittel und manchmal werden diese auch angewendet. Es bleibt aber die Frage, wie ehrlich das gemeint ist. Es gibt die Auffassung, dass der Staat das Ganze selbst initiiert oder zumindest die Entstehung geduldet hat und nun zum Schein damit ringt.

R: In letzter Zeit werden verstärkt Leute in Bryansk vom Inlandsgeheimdienst FSB befragt. Wegen des letzten Konzertes bekam ich als Veranstalter Besuch von zwei Herren in Zivil, die sich als Mitarbeiter der Abteilung Organisiertes Verbrechen vorstellten. Sie fragten an, ob wir Probleme mit Neonazis hätten und gaben mir eine Telefonnummer.

Wie ist euer Verhältnis zu offiziellen Organisationen wie der Putin-Jugend Nashi (die Unsrigen), die sich selbst als »antifaschistisch« bezeichnen, aber sich in vielem so Obrigkeitsergeben wie der alte Komsomol verhalten?

K: Einzelne Leute von Nashi haben mir mehrfach die Zusammenarbeit angeboten. Sie haben vorgeschlagen, dass wir uns gegenseitig helfen könnten und sie auch etwas anzubieten hätten, nämlich die Unterstützung der Regierung. Eine Zusammenarbeit habe ich abgelehnt, mit dem Verweis darauf, dass ich ihrer Vereinigung und auch der Regierung nichts abgewinnen könne. Für mich ist Nashi keine antifaschistische Bewegung und auch keine, die ernsthaft daran geht, Probleme zu lösen.

R: Nashi richten sich zudem nicht nur gegen Neonazis, sondern gegen alle »Outsider der Gesellschaft«. Und da zählen sie die Punk/HC-Subkultur mit dazu. Ihr Ideal sind staatstreue Bürger, die sich konform und gesetzestreu verhalten.

Eure Aktionen gegen Neonazis sind sehr gefährlich. Wie geht ihr mit Repressio¬nen von staatlicher Seite um?

K: Das persönliche Risiko bei Angriffen verletzt zu werden ist immer da. Es ist nicht vorhersehbar was der gegenüber aus der Tasche zieht. Und es besteht das Risiko, von der Miliz geschnappt zu werden. Es kommt zum Verhör wenn sie einen erwischen. Aber unsere Leute sind aufrichtig ihren Freunden und unseren

Ideen gegenüber. Wir verraten nichts. Wenn politische Großereignisse wie Wahlen anstehen werden unsere Aktionen jedoch gefährlicher, weil dann die staatlichen Organe sensibel reagieren und verstärkt vorgehen. Dann kommt es auch schon mal zu Gerichtsprozessen.

Ist das in der Vergangenheit geschehen?

K: Empfindliche Haftstrafen sind bisher gegen Antifas nicht verhängt worden. Das Maximum waren fünf Tage Haft, weil ihnen die Beteiligung an einer Aktion nachgewiesen werden konnte. In politisch ruhigen Zeiten werden diese Fragen in der Regel finanziell geregelt. Die Wirkung ist dann eher eine moralische. Gerade wenn junge Leute geschnappt werden, versuchen die staatlichen Organe sie auf diesem Weg einzuschüchtern. Wir stellen uns inzwischen auf derartige Situationen ein, versuchen Geld zu sammeln über Soli-Konzerte oder regelmäßige Beiträge der Aktivisten, damit wir denjenigen schnell helfen können, die Probleme bekommen.

Engagiert ihr Euch neben dem antifaschistischen Kampf noch in anderen Bereichen? Ihr habt food not bombs erwähnt...

K: Wir sind eine sehr heterogen zusammengesetzte Truppe. In den Regionen haben wir es vielfach mit sehr jungen lokalen Szenen zu tun. Dort ist das Bedürfnis sehr groß, viele Gemeinsamkeiten zu haben. In Moskau dagegen gibt es einige gegensätzliche Auffassungen innerhalb der Szene. Diese Differenzen münden jedoch nicht in Auseinandersetzungen. Denn alle verstehen, dass jeder seine eigene Meinung haben kann. Innerhalb der Szene finden Leute aus unterschiedlichen Subkulturen zusammen. Da das größte Problem aller die Übergriffe der Neonazis sind, engagieren sie sich gemeinsam in der Antifa.

Wie kann man die antifaschistische Bewegung in Russland aus dem Ausland unterstützen?

K: Man kann Informationen über die Situation in Russland im Ausland verbreiten. Oder für Bands, die unsere Ideen teilen und verbreiten, Konzerte orga-

nisieren. Wir freuen uns auch über Infomaterial wie Zeitschriften, Broschüren oder Aufkleber. Die größte Hilfe ist aber die Solidarität. Wir sollten uns untereinander austauschen und uns öfter über Grenzen hinweg treffen. Die Probleme mit denen wir kämpfen gibt es ja nicht nur in Russland sondern überall auf der Welt.

Vielen Dank für das Gespräch.

(Geklaut aus dem Antifaschistischen Infoblatt #78)

AUS AKTUELLEM ANLASS...

„Die Situation hat sich im Vergleich zu der sehr krassen Zeit vor zwei Jahren etwas entspannt" – so beschreibt Kirill die Situation in Moskau um die Jahreswende 07/08. Doch gerade seit Anfang des Jahres, der Zeit kurz nachdem dieses Interview entstand, scheint die Nazigewalt in ganz Russland und insbesondere in Moskau wieder zu eskalieren. So wurden bis Mitte 2008 bereits über 70 Menschen von Neonazigruppen ermordet – mehr als im gesamten Jahr 2007. Meist richten sich die bewaffneten Überfälle der Faschisten gegen MigrantInnen, Menschen aus den südlichen, ehemaligen Sowjetrepubliken, Homosexuelle und angehörige der Punk/HC-Szene, aus denen sich der Großteil der antifaschistischen Bewegung rekrutiert. Für am meisten Aufsehen sorgte hier wohl der Tod des jungen Antifas Aleksej Krylov, der am 16. März in Moskau auf dem Weg zu einem Konzert von einer Gruppe Neonazis erstochen wurde. Diese hatten den Angriff schon am Abend zuvor im Internet öffentlich angekündigt. Auch in Brjansk beschränken sich die Aktivitäten der Nazis längst nicht mehr nur auf Abphotographieren und Drohungen, wie Roman es oben beschreibt. Zwischen Januar und Mai kam es zu fast einem Dutzend Überfällen neonazistischer Skinheads, bei denen mehrere Antifaschistinnen zum teil schwer verletzt wurden. Währenddessen reagieren die staatlichen Organe auf der einen Seite relativierend auf die faschistischen Aktivitäten und Gewalttaten, auf der anderen Seite repressiv und einschüchternd auf den antifaschistischen Widerstand dagegen. So wurde zwar die Präsenz der Miliz auf den Straßen der Bezirke, in denen die Nazis mit besonderer Vehemenz auftreten erhöht und einige Prozesse mit teils hohen Strafen geführt, Moskaus Milizchef Pronin erklärte jedoch nach einer Sondersitzung der Sicherheitsorgane, dass es in Moskaus „keine organisierte Skinhead-Bewegung" – so wird die rechtsradikale Szene meist vereinfacht dargestellt – gebe. Generalmajor Sergej Girko, der Leiter des wissenschaftlichen Forschungsinstituts der Polizei, das auch dem Innenministerium untersteht, hingegen wies auf einer Pressekonferenz auf das »asoziale« und »gemeingefährliche« Verhalten der AnarchistInnen hin. Ihre »Verbrechen« nähmen besorgniserregende Ausmaße an, sie untergrüben Russlands Autorität im Ausland. Diesem Kurs entsprechend kam es im April in Moskau zu brutalen Festnahmen der Polizei, in deren Verlauf einige antifaschistische AktivistInnen auf Polizeirevieren misshandelt wurden. Auf einer Demo im Rahmen einer als Reaktion auf die Polizeischikanen organisierten Antirepressionswoche kam es dann zu weiteren Festnahmen und Übergriffen seitens der Bullen.

Antifademo in Sankt Petersburg

Gnade vor Recht

Entscheidender als die Asylrechtsänderung selbst war die Tatsache, dass sie beschlossen wurde. Dies war Teil des deutschnationalen »Normalisierungsprozesses« nach der Vereinigung.

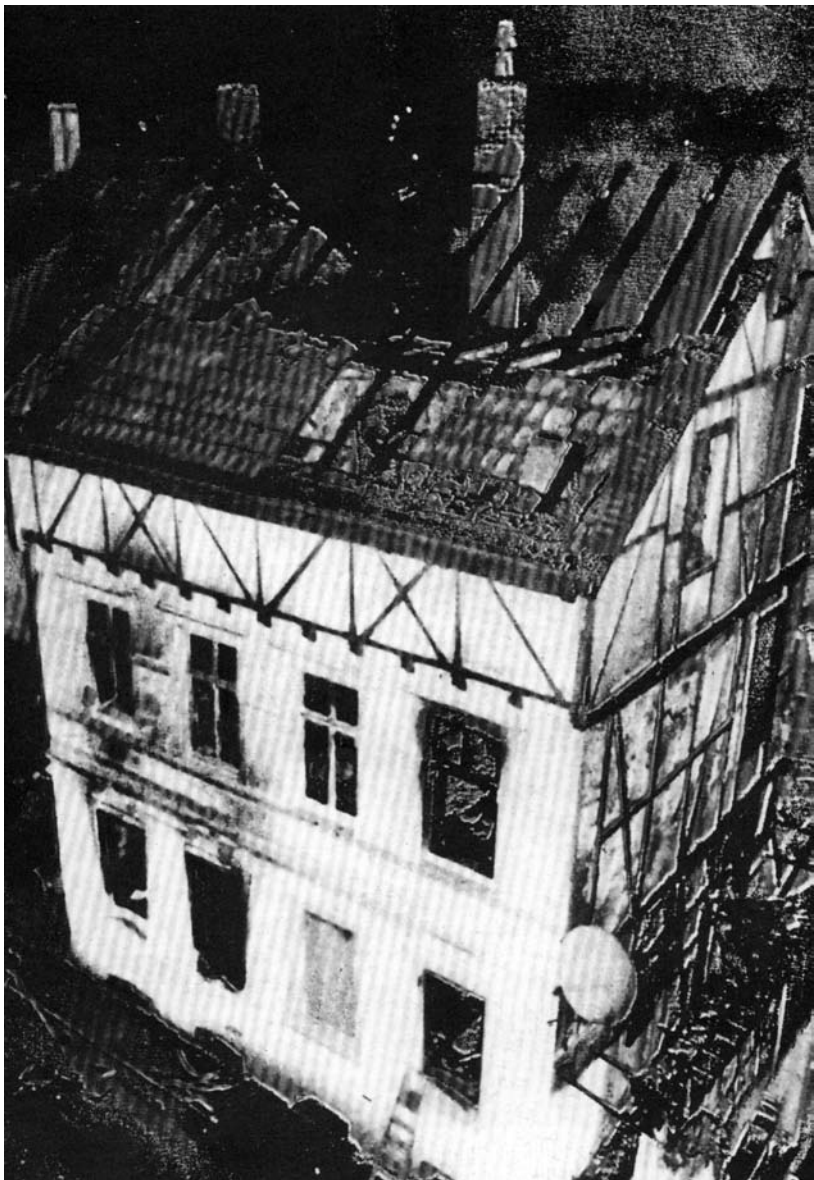
von Thomas Uwer
aus Jungle World 27/08

Die eine Version der Geschichte geht so: Im September 1991 wendet sich der CDU-Generalsekretär und spätere Verteidigungsminister Volker Rühe in einem Rundschreiben an die Kreis- und Fraktionsvorsitzenden seiner Partei und fordert sie auf, die Asylpolitik »zum Thema zu machen«. »In den Städten und Gemeinden artikuliert sich in der Bevölkerung am ehesten Unmut und mangelnde Akzeptanz des praktizierten Asylrechts«, heißt es in der verquasten Sprache des Unionsstrategen. Und für jeden, der noch immer nicht verstand, was ihm da empfohlen wurde, legte die Parteizentrale noch je ein Musterschreiben für eine Anfrage im Kommunalparlament, einen Entschluss und eine Presseerklärung bei. »Eine weitere nennenswerte Zuweisung von Asylbewerbern ist für die Stadt XXX nicht mehr verkraftbar.« Damit war, so meinen einige heute, die Debatte um die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl eröffnet.

Tatsächlich bestand die Kritik am Grundrecht auf Asyl seit seiner Formulierung. Dass die Gewährung von Asyl, über Jahrtausende reines Gnadenrecht, in der Verfassung der Bundesrepublik als Rechtsanspruch verankert wurde, war, wie die Formulierung der Genfer Flüchtlingskonvention zwei Jahre später, eine direkte Folge des von Nazi-Deutschland verantworteten millionenfachen Flüchtlingselends und wurde konsequenterweise zwar als »Fremdkörper« in der Verfassung betrachtet, über vier Jahrzehnte aber als unvermeidbar geduldet. Flüchtlingsbekämpfung setzte daher unterhalb der Ebene der Grundrechtsänderung bei einzelgesetzlichen Regelungen und einer besonders restriktiven Verwaltungspraxis an. Zwar formulierte das Grundgesetz ein Recht auf Asyl für politisch Verfolgte, was aber politische Verfolgung sei und wer als verfolgt gelten könne, wurde in den Entscheidungen der Verwaltungsgerichte so weit eingeschränkt, dass selbst Folter und drohende Todesstrafe mitunter nicht ausreichten, als »offensichtlich unbegründet« abgelehnten Anträgen doch noch stattzugeben.

Diese Mischung aus einem vergleichsweise liberalen Asylrecht und einer umso repressiveren Entscheidungspraxis der Gerichte galt lange Zeit als deutsches Erfolgsmodell. Bereits vor dem so genannten Asylkompromiss war die Anerkennungsquote zwischen 1972 und 1992 von fast 40 Prozent auf etwas weniger als vier Prozent abgesenkt worden. Ganz ohne Grundrechtsänderung wurde in den achtziger Jahren auf dem Verfahrensweg ein vollständig neues Ausländerrecht geschaffen. Mit dem Beschleunigungsgesetz von 1980 wurde der berüchtigte Einzelentscheider des Bundesamts eingeführt, mit dem Asylverfahrensgesetz von 1982 die Residenzpflicht, die Regelunterbringung in Gemeinschaftsunterkünften und die mögliche Verweigerung ärztlicher Behandlung, mit einem weiteren Änderungsgesetz von 1986 wurde ein fünfjähriges Arbeitsverbot verhängt und die Anerkennung von Flüchtlingen aus Not- oder Kriegssituationen ausgeschlossen.

Zuletzt kurz vor dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten, Ende der achtziger Jahre, hatte die Regierung Helmut Kohls versucht, die ausländerrechtlichen Regelungen noch weiter zu verschärfen. Der Entwurf scheiterte 1987 noch an einer breiten Opposition



aus SPD, Gewerkschaften und Kirchen. Schon zwei Jahre später wurden auch aus den Reihen der SPD-Führung die ersten Forderungen nach einem Ende des »Asylmissbrauchs« laut.

Es konnte wohl niemand anderes als Oskar Lafontaine sein, damals saarländischer Ministerpräsident, der 1989 ein Ende des »Asylmissbrauchs« forderte und sich für die so genannte Drittstaatenlösung einsetzte, die eine Anerkennung solcher Flüchtlinge ausschließt, die durch einen als sicher eingestuften Staat nach Deutschland gereist waren. Auf dem Petersberger Parteitag von 1992 wurde diese Regelung, die den Kernbestand der noch 1987 abgelehnten Gesetzesnovelle der Kohl-Regierung darstellte, ganz offiziell zum Programmpunkt der SPD. Als die Änderung des Grundgesetzartikels 16 dann endlich zur Abstimmung stand, konnte sich die Kohl-Regierung ausreichender Zustimmung aus den Reihen der SPD-Fraktion sicher sein. Nicht ohne Häme zitierte Wolfgang Schäuble, damals Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, in der Bundestagsdebatte den sozialdemokratischen Säulenheiligen Herbert Wehner. »Wenn wir uns weiterhin der Steuerung des Asylproblems versagen«, soll Wehner dem Parteivorstand 1982 erklärt haben, »dann werden wir eines Tages von den Wählern, auch unseren eigenen, weggefegt werden.«

So falsch dürfte der Sozialdemokrat damit gar nicht gelegen haben. Denn weder Oskar Lafontaine noch Volker Rühe tragen, bei aller metzgerhundhaften Kaltschnäuzigkeit, die alleinige Verantwortung für den deutschnationalen Taumel, dem das Grundrecht auf Asyl Anfang der neunziger Jahre zum Opfer fiel. Voran gingen nicht nur die Pogrome in Rostock und Hoyerswerda, die Morde in Solingen und Mölln, die Hetzjagden auf Ausländer in ostdeutschen Städten, sondern auch das allseits verkündete Ende der Nachkriegszeit und damit auch jener historischen Verpflichtungen, die in der BRD so gerne als »Lehren aus der Geschichte« bezeichnet wurden. Es bedurfte der so genannten Wiedervereinigung, um das besondere Grundrecht auf Asyl faktisch abzuschaffen, ohne dabei auch nur ansatzweise auf die historische Begründung des Asylrechts hinzuweisen. Im Bewusstsein, die Geschichte einmal mehr ausgetrickst zu haben, darf seitdem abgeräumt werden, was der Parlamentarische Rat einst als Grundrechtskatalog der Verfassung formulierte. Die Änderung des Artikels 16 GG war ein Sieg des Politischen über das Recht. War der Asylrechtsartikel ursprünglich bewusst nicht unter Gesetzesvorbehalt gestellt, wurde er nun mit Artikel 16a GG von einem ganzen Katalog von Einschränkungen flankiert.

Die eigentliche Bedeutung des so genannten Asylkompromisses lag daher weniger in seinem konkreten Regelungsgehalt als vielmehr darin, ihn überhaupt vollzogen zu haben. Denn auch, wenn der seinerzeitige Kanzler Helmut Kohl von einem Staatsnotstand sprach und demografische Zahlenspiele eine baldige »Überfremdung« prognostizierten, bestand ein wirklicher Handlungsbedarf nicht. Zum Zeitpunkt der Grundgesetzänderung im Sommer 1993 wurden so wenige Flüchtlinge anerkannt wie nie zuvor. Die vielfältigen Probleme der Verwaltung mit in Gemeinschaftsunterkünften mehr internierten als untergebrachten Asylsuchenden waren hausgemacht und eine direkte Folge der Gesetzeslawine der vorangegangenen Jahre. Die Möglichkeit, bei der Aufnahme von Flüchtlingen wieder zum alten politischen Gnadenrecht zurückzukehren, wurde vielmehr als Restitution nationaler Souveränität verstanden.

Der Fall des Historikers Golo Mann verdeutlicht dies. Als Mann, einst selbst Emigrant, damals forderte, man solle »die Grenzen dicht machen« und »diese Leute so bald und so freundlich wie möglich hinausbefördern«, ging es ihm nicht um die Flüchtlinge selbst, sondern darum, dass zu einem richtigen Deutschland eben auch die politische Entscheidung über Erwünschte und Unerwünschte gehört.

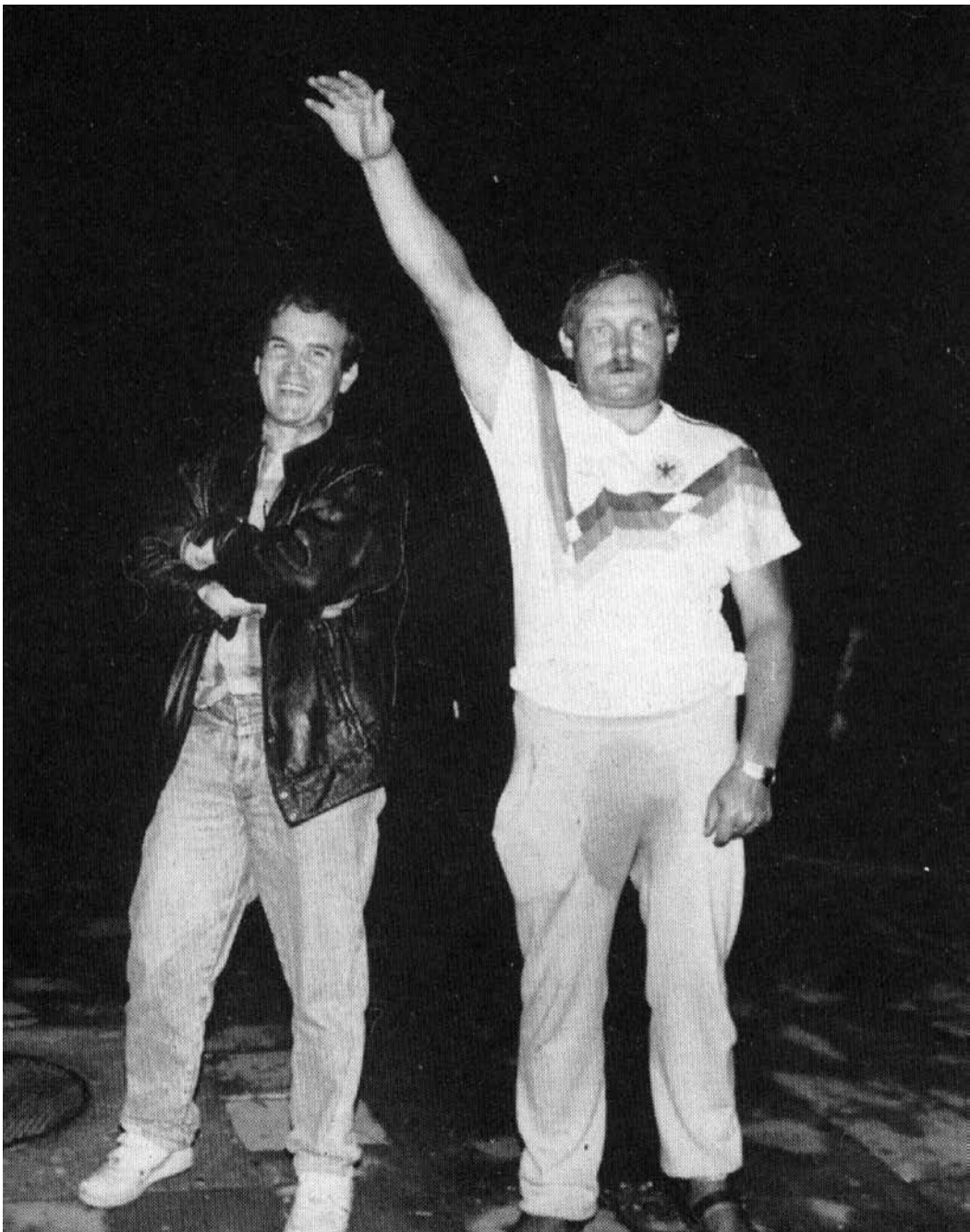
Die praktischen Folgen der Grundrechtsänderung fielen indessen kaum weniger verheerend aus. Im Wesentlichen wurden mit dem Artikel 16a GG die so genannte Drittstaatenregelung,

die Definition von so genannten sicheren Herkunftsstaaten und, mittelbar, die Kontingentaufnahme für Bürgerkriegsflüchtlinge eingeführt. Damit wurde nicht nur die rechtliche Verantwortung für das Schicksal eines Flüchtlings nach außen, in Dritt- und Herkunftsstaaten verlagert, sondern die Fluchtabwehr selbst sukzessive in einen Bereich außerhalb deutscher Jurisdiktion verlegt. Ziel ist, Flüchtlinge bereits möglich weit außerhalb des Geltungsbereichs asylrechtlicher Regelungen aufzufangen. An der konkreten Ausformulierung der dazu notwendigen gemeinsamen europäischen Fluchtabwehr haben nicht zufällig alle deutschen Innenminister seit Manfred Kanther (CDU) einen wesentlichen Anteil gehabt.

Der Erfolg dieser Politik bemisst sich nicht alleine in der stetig sinkenden Anerkennungsquote. Bereits vor der Änderung des Artikels 16 GG war mit 3,2 Prozent Anerkennung durch das Bundesamt nur noch wenig Spielraum nach unten. Gravierend geschrumpft ist vielmehr die Zahl derjenigen, die es überhaupt so weit schaffen. 1995 wurden noch etwa 166 000 Anträge gestellt, zehn Jahre später war die Zahl auf unter 50 000 gesunken, 2006 stellten gerade noch 21 000 Flüchtlinge einen Erstantrag in Deutschland. Die Anerkennungsquote liegt heute bei etwas unter einem Prozent.

Ergänzender Leser_innenbrief

Vielen Dank für die äußerst gelungene Berichterstattung zu 15 Jahren Asylrechtsänderung! Gratulation! Allerdings hat sich in dem Artikel »Gnade vor Recht« ein sachlicher Fehler eingeschlichen. Es stimmt zwar, dass die Anerkennungsquote nach Artikel 16a des Grundgesetzes zwischen Januar und Mai 2008 bei gerade einmal 1,2 Prozent gelegen hat, aber dies ist nur ein Teil der Wahrheit. Denn für eine sinnvolle Beurteilung sind die Anerkennungsquote nach der Genfer Flüchtlingskonvention (die juristisch der Anerkennung nach dem Grundgesetz gleichzusetzen ist) und der Abschiebungsschutz aus anderen Gründen (etwa schwere Krankheit) ebenfalls als Teile der Gesamtanerkennungsquote zu berücksichtigen. Und die lag in den ersten fünf Monaten 2008 bei zusammen über 35 Prozent – so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr (Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Aktuelle Zahlen zu Asyl). Der Grund liegt einerseits in der ständig zurückgehenden Zahl der AntragstellerInnen, aber vor allem an einer veränderten Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge bei irakischen Flüchtlingen: Diese werden seit dem vergangenen Jahr – anders als vorher – ganz überwiegend als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt. claudius voigt



Kerberos der Festung Europa

Die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX wird zur Koordinationsstelle der europäischen Grenzregimes ausgebaut

»Auch den Kerberos sah ich, mit bissigen Zähnen bewaffnet
Böse rollt er die Augen, den Schlund des Hades bewachend.
Wagt es einer der Toten an ihm vorbei sich zu schleichen,
So schlägt er die Zähne tief und schmerzhaft ins Fleisch der Entfliehenden
Und schleppt sie zurück unter Qualen,
Der böse, der bissige Wächter.«

Homer, Odyssee

Phantasievolle Namen sind etwas seltenes in den Behörden der Europäischen Union. Doch die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX ist anders. Beginnend mit ihrem eigenem bildhaften Namen betitelt sie ihre Operationen an Europas Außengrenzen mit Vorliebe nach Göttern und Monstern der griechischen Antike: Hera (Kanarische Inseln), Poseidon (östliches Mittelmeer) oder Hydra (chinesische Flugreisende). Ein FRONTEX-kritischer Blog kürte die geistreichen Grenzbeamten daraufhin zum Kerberos des EU-Grenzregimes, benannt nach dem mehrköpfigen Höllenhund, der den Eingang zur Unterwelt bewacht.

100 000 000 Euro für FRONTEX

FRONTEX ist die »Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen« und nahm im Oktober 2005 in Warschau die Arbeit auf. Zu ihren Aufgaben gehören »Risikoanalysen«, Ausbildungs- und Forschungsprogramme und Abschiebungen. Am bekanntesten ist sie jedoch für ihre medienträchtigen Kontrolloperationen in Mittelmeer und Atlantik, bei denen FRONTEX gemeinsame Einsätze von Schiffen, Flugzeugen und Hubschraubern der Mitgliedsstaaten koordiniert.

Obwohl das Budget der von der EU und den Schengen-Staaten finanzierten Grenzagentur seit der Gründung massiv angestiegen ist, von 19 Millionen, in 2006 auf bis zu 100 Millionen. im Jahr 2009, liegt ihre momentane Bedeutung nicht primär in einer effektiveren Kontrolle der Zehntausenden Kilometer europäischer Außengrenze. Mittelfristig noch wichtiger erscheint die Produktion von Erfahrungen und Kooperationsnetzwerken, die Grundlage für den weiteren institutionellen und technologischen Ausbau des EU-Grenzregimes sind.

»Integriertes Grenzmanagement«

FRONTEX ist dabei nur ein Element, der seit Jahren diskutierten Europäischen Grenzmanagementstrategie. So präsentierte der EU-Kommissar für Justizt und Inneres Franco Frattini im Februar 2008 eine »Vision für ein integriertes europäisches Grenzmanagement für das 21. Jahrhundert«. Dieses sogenannte »Border Package« enthielt eine Evaluation von FRONTEX und Vorschläge für

mehrere technologische Großprojekte: Das European Surveillance System (EUROSUR) soll Informationen von Satelliten, Drohnen, Radar, Geheimdienstberichten und andere Quellen technisch integrieren, um Europas Grenzen bis 2013 in »fast-Echtzeit« vollständig zu überwachen. Ein neues Datenbank-System soll bis 2015 alle Reisenden, die mit einem Visum in den Schengen-Raum ein- und ausreisen biometrisch registrieren. Reist eine Person nach Ablauf eines solchen Visums nicht aus, soll sie automatisch zur Fahndung ausgeschrieben werden. Diese Projekte entsprechenden dem Ansatz eines »Integrierten Grenzmanagements«, dessen zentrales Konzept ein vierstufiger Grenzraum ist: In von Europa weit entfernten Ländern setzt die Kontrolle durch Konsulate und Transportunternehmen an, die Kooperation mit den Grenzschutzbehörden direkt »jenseits der Grenze« bildet den zweiten Ring. Die traditionelle Überwachung »an der eigenen Grenze« bildet erst die dritte Stufe. Schließlich wird auch der Raum »innerhalb der Grenze« durch Ausweiskontrollen, Residenzpflicht und Lager zum Teil des Grenzraumes. FRONTEX sollte in seiner Bedeutung also nicht überschätzt werden. Die Agentur ist ein wichtiger Baustein einer langfristigen Umgestaltung des europäischen Migrations- und Grenzregimes, die von den EU-Mitgliedsstaaten und vor allem Deutschland vorangetrieben und finanziert wird. Nach Willen der EU-Kommission soll FRONTEX jedoch in diesem Regime eine wichtige Rolle spielen. Es soll das EUROSUR-System koordinieren, eigenes Gerät zur Grenzkontrolle erhalten, neue Stützpunkte in Südeuropa eröffnen und das Recht bekommen, in Nicht-EU-Staaten eigenständig Kontrolloperationen durchzuführen.

FRONTEX wird damit nicht nur zur Keimzelle einer EU-Grenzpolizei, sondern einer Koordinationsstelle, die von Abschiebungen über Risikoanalysen bis zur Forschung das Grenzregime koordinieren soll.

Kritik und Widerstandsperspektiven

Von dieser Einordnung ausgehend, lässt sich über Widerstandsperspektiven nachdenken. Aus einer liberalen

Sicht wird FRONTEX vor allem aus zwei Gründen kritisiert: Erstens verletzen die FRONTEX-Operationen in Mittelmeer und Atlantik internationales und europäisches Recht, unter anderen die Genfer Flüchtlingskonvention, da sie Menschen gewaltsam an der Weiterfahrt nach Europa hindern, noch bevor diese EU-Territorium erreicht haben - ohne die vorgeschriebene Einzelprüfung von Asylanträgen, ohne schriftliche Begründung, ohne die Möglichkeit Widerspruch einzulegen. Der zweite liberale Kritikpunkt ist die mangelnde demokratische Kontrolle und Verantwortlichkeit von FRONTEX. Während das Europaparlament und der Ministerrat die Budgetkontrolle ausüben, sind die allen Operationen zugrundeliegenden »Risikoanalysen« als geheim klassifiziert. Auf diese Weise ist die Legitimationsbasis für die Operationen von öffentlicher Kontrolle ausgenommen. So lange die Kontrollfunktion des Europäischen Parlaments und der Öffentlichkeit in dieser Weise beschränkt sind, kann FRONTEX nicht einmal liberaldemokratische Legitimität beanspruchen.

Doch selbst wenn die EU-Grenzagentur keine Gesetze brechen würden (was sie tut) und wenn liberaldemokratische Legitimität gewährleistet wäre (was sie nicht ist), muss FRONTEX aus antinationaler antirassistischer Perspektive, die von einem Recht auf globale Bewegungsfreiheit ausgeht, als Ganzes abgelehnt werden. Eine transnationale Kampagne gegen FRONTEX ist dabei nicht nur notwendig, weil FRONTEX direkt für das Ansteigen der Zahl der Todesopfer an der europäischen Außengrenze verantwortlich ist. Die zynische Einseitigkeit mit der FRONTEX die Bekämpfung von Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben betreibt und die offensichtlichen Widersprüche dieser Institution bieten zusammen mit dem martialischen Namen und den mythenbehafteten Operationsnamen die Chance eine Anti-FRONTEX-Kampagne als Ansatzpunkt zu einer weitergehenden Infragestellung der europäischen Migrationspolitik insgesamt zu nutzen.

Mehr Infos:

FRONTEX-kritischer Blog und Archiv:
http://frontex.antira.info

Offizielle FRONTEX-Homepage:
http://www.frontex.europa.eu/

aus Antifaschistisches Infoblatt Nr. 79

Adieu, weibliches Kollektivsubjekt

Wofür Feministinnen die Identität „Frau" nicht mehr brauchen.

Über Identitäten zu sprechen ist vielerorts immer noch oder neuerdings en vogue. Oft wird dabei ein aufgeregter Ton angeschlagen: Manche halten die Dekonstruktion von Identitäten für das ultimative Programm, das selig macht und keine Wünsche offen lässt. Andere reden über Identitäten wie über bedrohte Tierarten. Tatsächlich besteht kein Grund zur Aufregung. Denn dass jede Identitätspolitik früher oder später ihre eigenen Grundlagen in Fragen stellen muss, ist sowieso unvermeidlich. Das ultimative Programm zur effektiven Bekämpfung aller Herrschaftsverhältnisse ist aber weder Identitätspolitik noch ihre Dekonstruktion. Identitätspolitik zu hinterfragen heißt nicht mehr und nicht weniger als das eigene Politikverständnis zum Objekt von Herrschaftskritik zu machen. Was das bedeutet, wird im folgenden an einem Fallbeispiel erläutert: der feministischen Identität „Frau".

Es ist eigentlich unmöglich, die Geschichte von Identitätspolitik in Vergangenheitsform und die Kritik der Identitätspolitik im Präsens zu erzählen. Das klingt, als hätte die Kritik alle Formen von Identitätspolitik aus der Welt geschafft und als wäre „die" Frauenbewegung mittlerweile erfolgreich geläutert. Dem ist nicht so. Eher ist völlig unklar, auf wen oder was sich heute der Name „Frauenbewegung" überhaupt bezieht. Auch ist es unzulässig verkürzt, von „Schwarzen" und „Weißen" Frauen zu sprechen, denn es unterstellt, diese Bezeichnungen hätten einen festen und eindeutigen Bezugspunkt. Auch den gibt es nicht. So können „vorher", „nachher", „schwarz" und „weiß" nicht mehr sein als grobe Orientierungshilfen, die die Kritik an Identitätspolitik auf sehr subjektive Weise erzählbar machen. Viele andere Erzählungen sind denkbar.

In dieser Erzählung sind Identitätspolitiken alle Politikansätze, die sich auf ein gegebenes Kollektiv beziehen. Wobei die Betonung auf „gegeben" liegt: Nicht die gemeinsame Politik ist das Verbindende, sondern umgekehrt entsteht die gemeinsame Politik aus einer bereits existierenden Verbindung. Die kann ganz unterschiedlich begründet sein, historisch-politisch, psychologisch, esoterisch oder biologisch. Im Fall der feministischen Identität „Frau" gilt: Wie unterschiedlich, widersprüchlich und heterogen feministische Identitätspolitiken auch waren und sind, sie alle gehen davon aus, dass es etwas gibt, was Frauen prinzipiell von Männern unterscheidet. Der kleine Unterschied wird in feministischer Identitätspolitik groß gebeamt.

So ist ein mögliches Ziel feministischer Identitätspolitik, das wiederzuerobern,

was im Patriarchat „entfremdet" oder „unterworfen" ist - der Kampf um das, was Frauen „in echt" ausmacht. Was ja nicht dasselbe ist wie die gesellschaftliche Realität von Frauen. Feministischer Identitätspolitik geht es gerade darum, diese Realität von Frauen so zu verändern, dass ein nicht-entfremdetes Frausein frei entfaltet werden kann. Wenn es aber eine „eigentliche" Weiblichkeit gibt, die von der gesellschaftlich definierten Weiblichkeit abweicht, dann muss das um der Klarheit willen auch begrifflich unterschieden werden. Deshalb wurde für Feministinnen die Unterscheidung zwischen dem biologischen und dem sozialen Geschlecht wichtig. Sie sollte Wunsch und Wirklichkeit, Wesen und Utopie von Frauen auseinander halten helfen. Englischsprachige Feministinnen hatten es in dieser Hinsicht von Anfang an leichter, unterscheidet man im Englischen doch sowieso zwischen sex, dem biologischen Geschlecht und gender, dem sozialen Geschlecht. Jedenfalls kann mit diesen Begriffen der Ort, an dem die Unterdrückung stattfindet, präzise bestimmt werden als gender, als soziales Geschlecht. Das eigentliche Geschlecht, sex, bleibt entsprechend verschont von politischen Forderungen und feministischen Utopien - es bleibt Natur.

Feministische Identitätspolitik zielte, anders formuliert, vor allem darauf ab, das soziale Geschlecht Frau von seinen patriarchalen Fesseln zu befreien, um es zur Wahrheit des natürlichen Geschlechtes zurückzuführen. Feministische Identitätspolitikerinnen kritisierten zwar die spezifische, patriarchale Bestimmung des sozialen Geschlechts. Die Unterscheidung zwischen sex und gender stellten sie aber nicht in Frage. Und das hieß auch, dass die naturgegebene Existenz zweier (und nur zweier) grundsätzlich verschiedener Geschlechter fraglos akzeptiert wurde.

Feministische Identitätspolitik ging davon aus, dass es ein alle Frauen verbindendes Band gibt, und zwar unabhängig davon, in welcher Klasse, in welchem Land und zu welcher Zeit Frauen geboren werden. Stärker esoterisch eingefärbte Strömungen begaben sich zum Beispiel auf die Suche nach der eigentlichen Weiblichkeit, von der angenommen wurde, dass sie das Gegenteil traditioneller Charakterzuschreibungen verkörperte: weiblich sein sollte heißen, wild zu sein, unbeherrschbar, körperlich, lustbetont, stark und widerspenstig. Autonome linke feministische Strömungen definierten in Abgrenzung dazu als gemeinsame Grundlage für die Identität „Frau" weniger einen idealtypischen „Wesenskern" der Frau, als vielmehr die kollektive Erfahrung von patriarchaler Unterdrückung. Sie beschäftigten sich folglich mit sexueller Gewalt, ökonomischer Ausbeutung, repressiver weiblicher Sozialisation und struktureller Benachteiligung von Frauen. Diese Form von Identitätspolitik brachte in der Vergangenheit viele bis dahin ungehörte Erfahrungen in- und außerhalb der Linken ans Tageslicht; so etwa die Thematisierung alltäglicher sexualisierter Gewalt. Sie eröffnete für Frauen einen Raum, untereinander, aber auch öffentlich über ihre Erfahrungen zu sprechen. Deswegen war sie wichtig. Gleichwohl ist sie an zentralen Punkten problematisch geworden.

Widerspruch dem Hauptwiderspruch

So unterschiedlich die einzelnen Strömungen waren, eines verband sie auf jeden Fall bis ungefähr Ende der 80er Jahre: die Annahme einer universalen Unterdrückungsstruktur, die materiell und ideologisch Leben, Arbeit, Reproduktionsarbeit und Körper von allen Frauen weltweit unterwirft und ausbeutet. Eben das Patriarchat. Aber irgendwann geriet das Statut vom universellen Patriarchat ins Wanken. Wobei das innerhalb der Frauenbewegung kein Selbstgänger war, sondern das Ergebnis zäher, harter und - für diejenigen, die die Kritik vorgebracht hatten -, auch frustrierender Kämpfe.

Die Kritik an einem Patriarchatsbegriff, der auf der Annahme eines universalen feministischen Kollektivs basiert, wurde von Schwarzen Frauen in den USA und in der Bundesrepublik von Migrantinnen und Schwarzen deutschen Frauen artikuliert. Sie wies nach, dass die Unterstellung „das Patriarchat ist universal" oder, positiv gewendet, „Frauen weltweit sind Schwestern" nichts anderes war als der Reflex eines Emanzipationsbegriffes, der von und für weiße, europäische Mittelklasse-Frauen gedacht war. Den Anspruch, für alle Frauen dieser Welt sprechen zu können, konfrontierten Schwarze Frauen mit dem faktischen Ausschluss von Frauen. Dabei beschränkten sie sich nicht darauf, die Ausschlussmechanismen der bürgerlichen, patriarchalen Gesellschaft zu kritisieren.

Sie skandalisierten gerade die üblicherweise unsichtbar arbeitenden Verfahren der Ausgrenzung innerhalb der Frauenbewegung und anderen sozialen, linken Bewegungen. Denn die Ausblendung von konkreten Erfahrungen von Frauen, die von der weißen, europäischen Mittelschichtsnorm abweichen, war vielerorts unhinterfragte Basis auch feministischer Theorie und Praxis. Diese Ausblendung und die These vom universellen Patriarchat gehörten zusammen, stützten und bedingten einander. Damit wurde die Frage nach den Unterschieden zwischen rassistischer und sexistischer Unterdrückung zweitrangig. Frauen galten nicht wenigen weißen Feministinnen als „Neger der Welt" und damit erschöpfte sich ihr Beitrag zum Thema Rassismus.

Die rassistische Verteilung von Ressourcen und Macht unter Frauen zu thematisieren, stand nicht auf der Tagesordnung. Welche Frauen die Möglichkeit haben, an akademischen und/oder politischen Diskursproduktionen teilzuhaben, wurde nicht systematisch hinterfragt und so, ob gewollt oder ungewollt, stabilisierte feministische Identitätspolitik rassistische und Klassen-Hierarchien. Konsequenterweise wurden Schwarze Frauen in einer solchen Logik dann häufig entweder als pädagogische Objekte konstruiert nach dem Motto „weiße Akademikerinnen wissen, was (schwarze) Frauen wünschen", womit sich der bürgerliche weiße Feminismus wiederum als Maßstab etablierte. Oder umgekehrt wurden Schwarze Frauen zu Expertinnen für Rassismus erklärt, womit sich Weiße Frauen ihrer Zuständigkeit und Verantwortung entledigten.

Fallstricke der Identitätspolitik

Dem Mythos der „großen feministischen Familie" entgegneten Schwarze Feministinnen, dass es eben kein universelles Subjekt Frau gibt, sondern vielfältige unterschiedliche Positionen

von Frauen, die aus der Überschneidung von Geschlecht, „Rasse“ und Klasse entstehen. Macht werde eben nicht nur von Männern über Frauen ausgeübt, sondern auch von Weißen über Schwarze. Unterdrückung entstehe nicht aus einem grundlegenden Hauptwiderspruch, sondern aus der Verflechtung verschiedener ineinander greifender Unterdrückungsstrukturen. Und diese Kritik ist konsequent feministisch. Denn der Feminismus und die Neue Frauenbewegung waren gerade auch als Reaktion auf eine Linke angetreten, die immer wieder die Produktionsverhältnisse als Hauptwiderspruch und das Proletariat als revolutionäres Subjekt konstruiert hatte. Eine Linke, die davon ausging, dass sich die Frage der Ungleichheit der Geschlechter nach der

Revolution schon von selbst erledigen würde. Insofern war es historisch nur folgerichtig, dass der Feminismus von innen heraus genau da in Frage gestellt werden musste, wo er seinerseits einen Hauptwiderspruch konstruierte.

Die Diskussion um Rassismus ist sicherlich das bekannteste Beispiel für die innerfeministische Kritik an Identitätspolitik. Etwas weniger populär sind die folgenden zwei Fälle: erstens die Diskussion um den Mythos vom „Faschismus als höchste Form des Patriarchats“, in dem dann Frauen logischerweise vor allem Opfer gewesen sein sollen - inklusive KZ-Aufseherinnen und SS-Ehefrauen.

Die sogenannte Debatte um Mittäterschaft - wobei der Begriff auch bereits problematisch ist, da er eine originäre Täterschaft von Frauen ausschließt - stellte diesen Mythos von „der Frau“ als Opfer des NS und als allgemeines Opfer des Patriarchats in Frage. Zugleich wurde, auf die Gegenwart bezogen, die Frage nach der Beteiligung von Frauen an Verhältnissen materieller und auch sexueller Gewalt und Ausbeutung gestellt. Die Rolle von Frauen/Müttern im Zusammenhang mit sexueller Gewalt in der Familie wurde hinterfragt, die Debatte um „Täterschutz“, auch in der Linken, begann. Hier wurde gleichzeitig versucht, die Mittäterinnenschaft von Frauen zwar abstrakt zu denken, allerdings ohne die gemeinsame Identität als Opfer aufzugeben, nach folgendem Muster: Frauen werden durch Sozialisation von sich selbst so entfremdet, dass sie darauf getrimmt werden, sich schützend vor gewalttätige Männer zu stellen; andererseits sagen Frauen, sobald es um sexuelle Gewalt geht, immer die Wahrheit. Diese widersprüchliche Identitätskonstruktion in praktische Politik umzusetzen, erwies sich häufig als sehr schwierig; und nicht wenige linke Männer nutzten diese „konzeptionelle Schwäche“ der autonomen Frauenbewegung in äußerst unangenehmer Weise, um sich mit Nachdruck entweder als „Opfer des Feminismus“ oder als „gute Männer“ zu konstruieren. Verhandelt wurde weniger die Frage der Gewalt als vielmehr die Frage des Geschlechts, und genau das machte es so schwierig, effektive Strategien gegen Gewalt zu entwickeln.

Unvermeidliche Provokationen

Zweiter Fall: Im Zusammenhang mit vorgeburtlicher Diagnostik und künstlicher Befruchtung wurde der für die Neue Frauenbewegung so grundlegende Begriff der individuellen Selbstbestimmung mehr als heikel. Auf einmal stellte sich heraus, dass die scheinbar selbstverständliche Forderung nach dem Recht auf Kontrolle über den eigenen Körper eugenische Phantasmen von Auslese nähren. Denn die Pränataldiagnostik verspricht ja die Möglichkeit der vorgeburtlichen Selektion „abweichender“, also behinderter Föten. Weil damit plötzlich auch die Reproduktion maßgeschneiderten Nachwuchses um jeden Preis gemeint sein konnte, bekam das trotzige „mein Bauch gehört mir“ einen ganz anderen Ton: nicht mehr Kampfparole gegen patriarchalen Staat und Gebärzwang, sondern beruhigende Antwort auf ein angebliches moralisches Dilemma. Behinderte Feministinnen stellten die Frage, inwieweit ein Selbstbestimmungsbegriff als feministische Kampfparole taugt, der die Verantwortung für das Existenzrecht behinderter Menschen zurückweist.

Die Antwort blieb aus. Das konkrete Entscheidungs-Problem lösen die meisten betroffenen Frauen inzwischen privat oder mit Hilfe staatlich oder kirchlich geförderter, auch „feministischer“ Beratungsstellen. Die einen nehmen Pränataldiagnostik in Anspruch, die anderen nicht - politisiert wird dieses Thema kaum noch. Dieser Rückzug ins Private schließt in gewisser Weise logisch an Identitätspolitik an. Wenn die Möglichkeit eugenischer Selektion, je nachdem, als Herausforderung, Gefährdung oder Schutz weiblicher Identität verhandelt wird und nicht als Herrschaftsstrategie, die ganz bestimmte Konstruktionen von Weiblichkeit erst auf den Markt wirft, dann kann kaum ein politischer Umgang mit diesem Thema entwickelt werden.

Für die Frage nach feministischer Identitätspolitik bedeuteten diese unterschiedlichen Verwerfungen vor allem eins: Verunsicherung. Und in Phasen politischer Verunsicherung wird Theorie wichtiger. So traf es sich gut und keinesfalls zufällig, dass Anfang der 90er Judith Butlers „Gender Trouble“ auf deutsch („Das Unbehagen der Geschlechter“) erschien. Einige fühlten sich allerdings durch Butlers Thesen regelrecht provoziert, manche sogar bis heute. Dabei war Butlers theoretische Intervention vor allem klärend und deshalb notwendig. Denn Butler, US-amerikanische, lesbische Philosophin und akademische Kultfigur der 90er, geht davon aus, dass nicht nur gender Produkt gesellschaftlicher Machtverhältnisse ist. Das hatten Feministinnen schon lange vor ihr gedacht, etwa Simone de Beauvoir - wir werden nicht als Frauen geboren, wir werden dazu gemacht. Butler denkt, dass die Differenz zwischen sex und

gender selbst Produkt eben dieser Herrschaftsverhältnisse ist. Für sie gehört es zu den effektivsten Strategien „patriarchaler" Macht, dass sie nicht nur in den Köpfen, sondern bis in jeden Winkel der Erfahrung, der Empfindungen, Ängste, Sehnsüchte und Vorstellungen die Fiktion verankern konnte, dass Menschen in zwei und nur in zwei Geschlechtern zu denken sind und dass diese zwei Geschlechter in ganz bestimmter Weise aufeinander bezogen sind: nämlich gegensätzlich oder ergänzend, auf jeden Fall aber hierarchisch.

Das Adjektiv „patriarchal" muss man aus dieser Sicht deshalb in Anführungsstriche setzen, weil Patriarchat für Herrschaft von Männern über Frauen steht. Butler behauptet aber, dass eine viel grundlegendere Herrschaftsstruktur dafür verantwortlich ist, dass Männer als Männer und Frauen als Frauen überhaupt erst denkbar werden. Dafür sei eine ständige Aussonderung des „Abweichenden" erforderlich. So sei Heterosexualität kein Naturphänomen, sondern eine rigide Norm, die auch unserer Vorstellung von der Natürlichkeit zweier Geschlechter zugrundeliegt. Für die Durchsetzung dieser heterosexuellen Norm sei beispielsweise die Verwerfung von Homosexualität Voraussetzung; z.B. indem sie als krank oder pervers konstruiert wird. Dass das Geschlecht sozial konstruiert ist, heißt für Butler nicht, dass Menschen ihr Geschlecht wählen und wechseln können wie Jacke oder Hose. Aber es wird eben nicht als Effekt von Natur, sondern als Effekt von Herrschaft gedacht.

Notwendig, aber nicht hinreichend

Kritik von Identitätspolitik ist aus dieser Sicht Herrschaftskritik. Denn die „Verwerfungslogik" ist nicht nur für die heterosexuelle, sondern für jede Identitätsbildung Bedingung. Und jede als unumstößlich behauptete Identität bildet sich demnach vor einem unsichtbaren Schatten ab, der für die Identität bedrohlich wird, sobald er sein Schattendasein verlässt. Die schwarze, die behinderte, die lesbische, die bisexuelle, die transsexuelle, die nichtwestliche Frau, aber auch die weiße Mittelschichtsfrau, die vom Kapitalismus, vom Klassensystem, vom institutionalisierten Rassismus usw. profitiert - und viele mehr bevölkerten und bevölkern den Schatten der universalen feministischen Identität „Frau". Deshalb ist Kritik an Identitätspolitik vor allem eine Kritik an Ausschließungsverfahren und zwar gerade an solchen, die nicht auf den ersten Blick offensichtlich sind. Kritik an Identitätspolitik bedeutet den Abschied von der Idee, es gäbe ein einziges Unterdrückungssystem, das alle anderen dominiert und Kritik an Identitätspolitik bedeutet, sich zu weigern, gesellschaftliche Positionierungen, egal welcher Art, als irgendwie „natürlich" zu denken.

Es bedeutet, den Grund für gemeinsames politisches Handeln nicht primär in der Vergangenheit, dem gegebenen, „natürlichen" Band zu suchen, das die einzelnen verbindet, sondern in der Zukunft, in den gemeinsamen politischen Zielen. Aber umgekehrt ist Kritik an Identitätspolitik alleine noch kein Programm. Sie ist kein Garant für besonders progressive Politik. Und auch das ist logisch. Denn Kritik von Identitätspolitik ist Kritik an totalisierenden Denk- und Praxisformen. Deswegen kann sie umgekehrt nicht dazuführen, prinzipiell jede Form von Identitätspolitik für unmöglich zu erklären. Bestimmte historische Situationen erfordern gerade das Sprechen über Identität als Bedingung für politische Artikulation. Doch dieses Sprechen sollte offen bleiben dafür, von innen heraus in Frage gestellt zu werden. Es sollte sein eigenes Verschwinden als klares Ziel vor Augen haben. Identitätspolitik wäre dann nie mehr als der bewusst einkalkulierte, vorübergehende Effekt strategischer Entscheidungen, die unter absolutem Verzicht auf absolute Wahrheiten gefällt werden.

Alle hier behandelten Probleme hatte und hat die gemischte Linke selbstverständlich auch. Während die Debatte in der Frauenbewegung schließlich auch intensiv geführt wurde, konnten sich ihr viele männliche Linke bis heute erfolgreich entziehen. Und das ist ein Grund, auf feministische Organisierung nicht zu verzichten, ebenso wie die Erkenntnis, dass Männer für die Abschaffung materieller Ungleichheit entlang der Geschlechtergrenze in der Regel wenig Einsatz an den Tag legen. Oder, wie Judith Butler sagt, der Feminismus braucht die Frauen, aber er muss nicht wissen, wer sie sind.

Stefanie Gräfe

ak - analyse & kritik -
Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 451 / 7.6.2001

Nicaragua: Der Ortega-Komplex

Opposition in Nicaragua wächst

Zum zweiten Mal in weniger als vier Wochen gingen am Mittwoch in Managua tausende DemonstrantInnen* gegen die neo-sandinistische Regierung von Präsident Daniel Ortega (FSLN) auf die Straße. Der Protest richtete sich gegen hohe Lebensmittelkosten und die Entscheidung des Obersten Wahlrates, zwei im Parlament vertretene Parteien von der Teilnahme an den Kommunalwahlen im November und den Präsidentschaftswahlen 2011 auszuschließen. Betroffen ist neben der konservativen PC (mit 100jähriger Geschichte die älteste Partei des Landes, die seit einiger Zeit aber kaum noch eine Rolle spielt) auch die „Sandinistische Erneuerungsbewegung" (MRS), die sich 1995 als sozialdemokratische Tendenz von der FSLN abgespalten hatte und heute über 10 000 Mitglieder zählt. Die Frente Sandinista möchte indes die Zahl der Mitglieder ihrer „Massenorganisation" nicht bekannt machen.

Seither bestimmen sozialdemokratische Ideen die politische Linie der MRS, die von zahlreichen internationalen Organisationen unterstützt wird, die in einigen Fällen den US-Demokraten nahe stehen und bei den Wahlen mit 6,4 Prozent unter den Erwartungen geblieben waren. Aber auch ehemalige sandinistische Schwergewichte wie der Befreiungstheologe und Ex-Kulturminister Ernesto Cardenal, Revolutionsbarde Carlos Mejía Godoy und drei Ex-Comandantes haben sich unter dem Dach der Bewegung eingefunden, die revolutionär-sandinistische Strömung „Rettungsbewegung des Sandinismus" (Rescate Sandinista) stellt mit der Ex-Comandante Monica Baltodrano eine Parlamentsabgeordnete. Die ehemalige Befehlshaberin der sandinistischen Befreiungsarmee Dora María Téllez, welche mit einem 12tägigen Hungerstreik gegen die Entscheidung des Wahlgerichtes protestierte, genießt als Vertreterin der MRS-Linken wachsende Popularität.

Die Basis bröckelt

Trotz der Entscheidung des Wahlgerichtes wittert die Sandinistische Erneuerungsbewegung zur Zeit Morgenluft. Die Opposition gegen Ortegas Pakt mit dem wegen Korruption verurteilten liberalen Ex-Präsidenten Arnoldo Alemán (PLC) sowie dem Ex-Somoza-Mann Jaime Morales Carrazo (der ehemalige Contra-Kommandant ist heute Vizepräsident unter Ortega) und das von der FSLN-Fraktion getragene absolute Abtreibungsverbot in Nicaragua war bislang auf den überschaubaren Kreis intellektueller Organisationen begrenzt geblieben; das scheint sich nun zu ändern. Wichtige Hochburgen der Sandinisten sind Campesin@-Organisationen – und auch dort beginnt es an der Basis zu rumoren.

Die Kritik beginnt bei der Umsetzung des „Null Hunger"-Programms, welches 75 000 mittellose Kleinbauernfamilien mit insgesamt 150 Millionen US-Dollar fördern soll. Doch dieses sei

zu mechanisch und gehe nicht auf die Stärken und Schwächen der jeweiligen Campesin@s ein. Und die Kritik geht heute bis hin zum Unverständnis über den Ausschluss der Parteien von den Wahlen, der vom Wahlrat mit dem Verstoß gegen parteieigene Statuten begründet wurde.

Die aktuelle Strategie der MRS-Führung schreckt nicht wenige altgediente SandinistInnen ab. Wie zum Beispiel der Vorschlag von Ex-Comandante Luis Carrión nach der Bildung einer „großen Front" gegen die FSLN, gemeinsam mit PolitikerInnen und WirtschaftsvertreterInnen, die vom Dunstkreis der Somoza-Diktatur inspiriert worden sind. Da klingt es schal, wenn junge Redner der MRS-PC-Allianz auf der Massendemo am vergangenen Freitag (18.07.) eine „neue Revolution für demokratische Rechte, Brot und soziale Gerechtigkeit" forderten.

Die Armen an die Macht?

Nicaragua ist nach Haiti das zweitärmste der amerikanischen Kontinente. Die Hälfte der Bevölkerung leben in Armut – auf dem Land sind es sogar 70 Prozent –, fast 15 Prozent aller NicaraguanerInnen sogar in extremer und acht von zehn Erwachsenen müssen mit weniger als zwei US-Dollar am Tag ihr Auskommen bestreiten. Daran hat sich auch im zweiten Jahr nach Ortegas Wahlsieg wenig geändert und die aktuelle weltweite Lebensmittelkrise verschärft die Situation noch.

Eine wichtige Basis findet seine Regierung unter den Armen in Stadt und Land, die fest daran glauben, dass sich die Dinge noch zum Besseren wenden werden. Diese Mal soll es indes ohne Revolution glücken, Ortega setzt auf einen „friedlichen Wandel von innen". Etwa 38 Prozent der Wählerinnen und Wähler stimmten im November 2006 für diese Option unter dem Motto „Die Armen an die Macht!". Dabei gab es eine starke Zustimmung von Jungwählern, welche der korrupten neoliberalen Elite überdrüssig waren, die 16 Jahre lang die Geschicke des Landes lenkte.

Vor 28 Jahren war Ortega einer der Comandantes gewesen, welche in der sandinistischen Revolution die faschistische Somoza-Diktatur stürzten. Er gehörte der sozialistisch orientierten Regierung an und wurde 1984 zum Präsidenten gewählt. Die SandinistInnen – benannt nach dem 1934 ermordeten Freiheitshelden Augusto Sandino – scheiterten insbesondere am schmutzigen Krieg, den die USA gegen das kleine Land führten.

Konservativen Ortega-Kritikern ist heute vor allem die Partnerschaft des neo-sandinistischen Nicaraguas mit Venezuela ein Dorn im Auge. Derzeit übertreffen die Hilfszahlungen aus Lateinamerika an Nicaragua jene aus der Europäischen Union deutlich. Ortega unterstützt auf internationalem Parkett Hugo Chávez und die Bolivarische Alternative für die Amerikas (ALBA). Als einziger ALBA-Staat ist Nicaragua aber zugleich Mitglied im neoliberalen CAFTA-Vertrag, den die USA initiiert haben. Das hat der Präsident zwar öffentlich bedauert, dagegen unternommen hat die Frente Sandinista aber weder etwas zur Zeit der Ratifizierung noch nach der Regierungsübernahme.

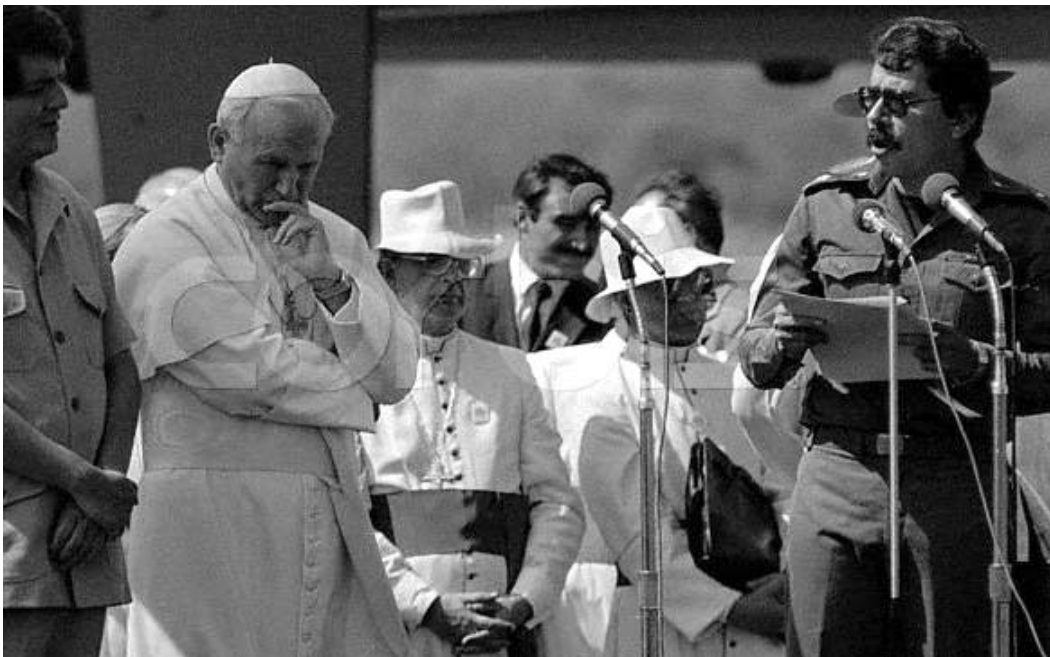
Abtreibungsverbot wie im Iran

Der Fall des durch Vergewaltigung geschwängerten 12jährigen Mädchens Mirianita hat die Diskussion um das absolute Abtreibungsverbot im Land wieder angeheizt. Mit dem von den SandinistInnen getragenen Gesetz zur Abschaffung des Gesetzes für therapeutischen Schwangerschaftsabbruch hat sich Nicaragua beim Thema Frauenrechte um 100 Jahre zurückkatapultiert.

Bei der Zustimmung zum Abtreibungsverbot handelte es sich nicht um ein Kurzzeit-Manöver, bis heute weigert sich die Frente etwas daran zu ändern. Für fortschrittliche Frauenpolitik gibt es dort keinen Spielraum mehr; im ersten Regierungsjahr sind die beiden weiblichen Minister zurück getreten.

Martha Juaréz,
Sprecherin der feministischen Frauenbewegung Nicaraguas

Persönlich beteiligen sich der Präsident und seine mitregierende Ehefrau Rosario Murillo an der gerichtlichen Verfolgung von neun Feministinnen, welche die Abtreibung im Falle der „Niña Rosa", einem anderen vergewaltigten neunjährigen Mädchen, unterstützten. Der Staat tue nichts gegen frauenfeindliche Gewalt; weder die Regierung, noch die Parlamentsfraktionen von FSLN, Liberalen und Konservativen. 2007 habe sich die Zahl der Frauen, die bei Sexualstraftaten ermordet wurden, verneunfacht. Die Polizei erfasste 62 322 Delikte gegen Frauen, 54 wurden ermordet – die Mehrzahl von ihren Partnern – und weitere 82 starben aufgrund von Komplikationen in der Schwangerschaft, listet Frauenrechtlerin Martha Juaréz auf. Von ungefähr käme das nicht, denn Ortega sei nicht nur eine strategische Allianz mit der erzkonservativen katholischen Kirche eingegangen, er festige deren Herrschaft nun strukturell.



Einen kleinen Erfolg konnte indes die Bewegung für die Rechte Homosexueller verbuchen: Im Zuge einer Strafrechtsreform der SandinistInnen wurde die seit 1992 kriminalisierte gleichgeschlechtliche Sexualität ab März 2008 wieder straffrei gestellt sein.

Rätedemokratie oder Diktatur?

Umstritten ist auch die Einrichtung der so genannten Komitees der Bürgermacht (CPC), die in allen Gemeinden Nicaraguas als parallele Machstruktur zu den Kommunalverwaltungen eingerichtet werden. Mit einem eigenen Haushalt ausgestattet, ist es ihre Aufgabe, sich um kommunale Angelegenheiten zu kümmern; außerdem werden sie national vernetzt. Ortega hat die Bürgerkomitees als „Elemente der direkten Volksdemokratie" ins Leben gerufen und sieht sie als Fortsetzung der Revolutionskomitees, welche in den 90iger Jahren abgeschafft worden waren.

An einigen Orten funktionieren die Komitees gut, anderen Orts kommen sie sich aber mit bereits bestehenden kommunalen Entwicklungskomitees ins Gehege. Oftmals sind die Zuständigkeiten nicht geklärt. Doch die Argumente gegen die Komitees sind unterschiedlich, viele Liberale und Konservative halten sie nicht nur für verfassungswidrig, sie fürchten, den Armen werde zuviel Macht gegeben. Andere Kritiker betonen, die Komitees dienen der Festigung der Herrschaft des Ortega-Sandinismus, denn nur linientreue FSLN-Mitglieder könnten dort Positionen übernehmen. Zu allem Überfluss habe First Lady Rosario Murillo die Oberaufsicht. Die einzige Frau, die im Land etwas zu sagen habe wurde von niemandem demokratisch gewählt, bemerken Feministinnen zynisch.

Daniel Ortega ist ein Caudillo, sehr fraglich ist aber, ob er tatsächlich eine Diktatur in Nicaragua errichten möchte, wie ihm das Kritiker von der Konservativer Partei bis hin zu ErneuerungssandinistInnen vorwerfen. Da scheint die Einschätzung realistischer, dass die von seinen Anhängern eisern dominierte Frente Sandinista (FSLN) gemeinsam mit der liberalen Oppositionspartei PLC mit einem Zweiparteiensystem liebäugelt.

* die weibliche Form wurde aus (guten) politischen Gründen von der Redaktion ergänzt

Torge Löding arbeitet für das unabhängige Kommunikationszentrum Voces Nuestras, San José, Costa Rica.

von Telepolis © Heise Zeitschriften Verlag

Hokkaido – das war der Gipfel

Vom 7. bis zum 9. Juli 2008 fand im am Toya-See liegenden Hokkaido in Japan das diesjährige Treffen der "Group Of Eight", dem sog. G8 statt. Die Proteste gegen den G8-Gipfel in Japan waren aus Sicht der Veranstalter ein Erfolg (eng). An der Demonstration am 5. Juli hatten sich 5000 Personen aus Japan und etwa anderen 50 Ländern beteiligt. Die Die Einschränkungen des Versammlungsrechts gelten als beispiellos in der Geschichte der G8. [...]

Zusammenfassung

Während der Gipfeltage fanden in Sapporo etwa 80 Veranstaltungen im Rahmen des Alternativgipfelprogramms mit den Schwerpunkten Ernährungskrise und Klimakatastrophe statt. Dazu gab es tägliche Demonstrationen von den Camps in Richtung des G8-Tagungshotels.

"Die Proteste waren klein. Aber angesichts der berechtigten Angst der einheimischen Aktivisten vor Polizei und der geringen Anzahl und Größe kritischer zivilgesellschaftlicher Organisationen in Japan waren sie ein Erfolg. Zumal so etwas für Japan völlig neuartig war", sagte Yoko Akimoto, Geschäftsführerin von Attac Japan und eine der Hauptorganisatorinnen der Gegenaktivitäten. Vor allem die ausführliche Berichterstattung der japanischen Medien über die Proteste und die Forderungen der Demonstranten habe die Erwartungen von Attac Japan übertroffen.

Während der Gipfeltage fanden in Sapporo etwa 80 Veranstaltungen im Rahmen des Alternativgipfelprogramms mit den Schwerpunkten Ernährungskrise und Klimakatastrophe statt. Dazu gab es tägliche Demonstrationen von den Camps in Richtung des G8-Tagungshotels.

"Die G8 haben keine Lösungen. Im Gegenteil, sie verursachen und verschärfen die Probleme. Kompromissloser Protest ist die effektivste Strategie gegen solche Institutionen", sagte Walden Bello von Focus on the Global South bei der Abschlusspressekonferenz des G8-Action Network in Sapporo. Das habe sich bei anderen von den G8 dominierten Institutionen wie etwa dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bewährt.

Walden Bello kritisierte die Maßnahmen der japanischen Grenzpolizei und die Einschränkungen des Versammlungsrechts als beispiellos in der Geschichte der G8. "Der Gipfel war ein sehr bedrückendes Zeugnis über den Zustand der Demokratie in den G8-Staaten und in Japan", sagte der Träger des Alternativen Nobelpreises. Zu den Auflagen gehörte, dass bei Demonstrationen nur vier Personen nebeneinander gehen dürfen. Die Ausgaben für die Abschirmung des Gipfels betrugen 280 Millionen US-Dollar - mehr als das Doppelte der 130 Millionen US-Dollar, die der G8-Gipfel im vergangenen Jahr in Heiligendamm kostete.

http://de.indymedia.org/2008/07/221793.shtml

Begleit- und Medinetz

Wir sind…

... verschiedene Leute, die sich antirassistisch engagieren
... unabhängig von Staat, Kirche oder sonstigen Institutionen und arbeiten vertraulich
... Um den rassistischen Zuständen etwas entgegen zu setzen, haben wir ein solidarisches Netzwerk für Flüchtlinge und illegalisierte Menschen aufgebaut.

Was wir tun…

... Vermittlung von kostenloser, medizinischer Versorgung für Menschen ohne Papiere
... Unterstützung durch Begleitung zu Behörden und LagerärztInnen sowie, wenn es nicht anders geht, Vermittlung zu ÄrztInnen in der Stadt für Flüchtlinge im Asylverfahren.
... Wir machen keine Rechtsberatung, können Leute aber zu einer solchen vermitteln

Wir suchen Personen…

…die bereit sind, ab und zu eine Person aus dem Flüchtlingslager Blankenburg bei Behördengängen oder Arztterminen zu begleiten. Ihr müsst keine Rechtsberatung machen. Dies ist eine Form der konkreten Solidarität, die es erlaubt, flexibel und kurzfristig aktiv zu sein. Fremdsprachenkenntnisse sind von Vorteil, aber keine Voraussetzung für eine Begleitung. Ihr benötigt auch kein juristisches Vorwissen. Wir bereiten euch in Workshops vor und halten nach Begleitungen mit euch Rücksprache.

…die Lust haben, sich gemeinsam mit Leuten aus unserer Initiative um die Vermittlung von ÄrztInnen für Illegalisierte zu kümmern. JedeR ist willkommen, besonders natürlich Menschen mit medizinischen Kenntnissen (muss aber nicht).

Meldet euch unter: Tel. 0157/76320585; mailto: ini-ol@riseup.net
Spendenkonto: Philip Rinn; Ktnr.: 1254522075; BLZ: 50050222; Verwendungszweck: Begleit_Medinetz

Zur Situation…

In Deutschland als Teil der Festung Europa werden Flüchtlinge in Lagern untergebracht. Die Unterbringung in diesen totalen Institutionen entrechtet Flüchtlinge und setzt sie unter Druck, mit dem Ziel, sie so zur Ausreise oder zum Untertauchen zu zwingen. Somit sind Lager Ausdruck des rassistischen Systems, innerhalb dessen Flüchtlinge zahlreichen Repressionen ausgesetzt sind. Ein Beispiel dafür ist das Lager Blankenburg, das sich 7 km außerhalb von Oldenburg befindet. Dortige Zustände: jahrelange Unterbringung ohne Privatsphäre, Arbeits und Ausbildungsverbot, Residenzpflicht, mangelnde gesundheitliche Versorgung, keine unabhängige Rechtsberatung sowie ständige Repression von Seiten der Behörden, die sich direkt auf dem Gelände befinden usw.

Flüchtlinge im Asylverfahren erzählen oft, dass sie bei Behörden unter Druck gesetzt und respektlos behandelt werden sowie rassistischen Äußerungen ausgesetzt sind. Dies bedeutet zusätzlichen Stress in der ohnehin schwierigen Lebenslage. Wir und uns bekannte Flüchtlinge haben die Erfahrung gemacht, dass sich die Kommunikation bei Behörden anders gestaltet, wenn eine „neutrale“ bzw. solidarische dritte Person anwesend ist, die als ZeugIn zuhört und die Situation beobachtet. Das Gespräch verläuft meist respektvoller und die betroffenen Flüchtlinge fühlen sich sicherer. Auch eine Vermittlung zu ÄrztInnen in der Stadt ist manchmal die einzige Möglichkeit, um überhaupt eine angemessene medizinische Versorgung zu realisieren.

Menschen ohne Papiere haben noch weniger Rechte als Flüchtlinge im Asylverfahren. Sie sind somit in vielerlei Hinsicht auf praktische Solidarität angewiesen, so z.B. auf kostenlose medizinische Versorgung durch engagierte ÄrztInnen.

Wer wir sind und was wir machen…

Unsere Initiative ist ein Zusammenschluss verschiedener Leute, die sich antirassistisch engagieren, unabhängig von Staat, Kirche oder sonstigen Institutionen sind und vertraulich arbeiten.

Wir haben ein Netzwerk aufgebaut, in dem sich Menschen im Zeichen praktischer Solidarität mit Flüchtlingen gegen das rassistische System engagieren!

Wir wollen Menschen ohne Papiere unterstützen, indem wir durch Vermittlung zu ÄrztInnen eine bessere medizinische Versorgung erreichen. Flüchtlingen im Asylverfahren vermitteln wir eine solidarische Begleitperson bei Behördengängen oder Arztbesuchen, in speziellen Fällen organisieren wir eine ärztliche Versorgung in der Stadt. Eine Rechtsberatung im Asylverfahren können wir nicht durchführen, bei Bedarf können wir aber einen Kontakt vermitteln.

Buchvorstellung mit Niels Seibert

Niels Seibert stellt Proteste aus der Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von Mitte der 1960er bis Mitte der 1980er Jahre vor. Schwerpunkt ist die Zeit des Anwachsens sowie der Fraktionierung der 68er-Studentenbewegung, in der neue Gruppen und Bewegungen entstanden, die an den Internationalismus der Studentenbewegung anknüpften. Diese Zeit, Ende der 1960er bis Anfang der 1970er, war von einer weltweiten Aufbruchstimmung geprägt. Auf allen Kontinenten revoltierten Menschen auf den Straßen, in Betrieben und an den Universitäten gegen die herrschenden Verhältnisse. Die politischen Aktivitäten, zu denen Niels Seibert recherchierte, sind vielfach in Vergessenheit geraten. Ausgewählt wurden Proteste der Studenten- und Internationalismusbewegung, die sich innerhalb der Themenbereiche Kolonialismus und Neokolonialismus, internationale Solidarität, bundesdeutsche Ausländerpolitik sowie Flucht und Asyl bewegen. Die politischen Aktionen und Kampagnen waren einerseits eine praktische Kritik an staatlicher Politik und hatten andererseits Einfluss auf politische Entscheidungen. In diesem Wechselverhältnis vermitteln sie sowohl etwas über die politischen Verhältnisse als auch über die Bewegungen dieser Zeit.

Dienstag, 23. September 2008 um 20:30 Uhr im Alhambra

Vergessene Proteste

Monatlich

1. Mi.	20:00	FrauenLesbenKneipe
2. Mo.	20:00	Politische Werkstatt
2. Fr.	20:30	NutzerInnenplenum

September

Fr.	5.9.	22:00 Mash up di place
Sa.	6.9.	22:00 Lesbischwule Mottoparty
Fr.	12.9.	22:00 HighTensionpart 4
Sa.	13.9.	22:00 Frauenlesbentransparty
Di.	16.9.	22:00 Crush Hour Concerts: Me Jane + Thyco Moon
Fr.	19.9.	23:00 Teonanacatl
Sa.	20.9.	22:00 Männerfabrik
Di.	23.9.	20:00 Buchvorstellung: Vergessene Proteste
Fr.	26.9.	22:00 Refugees-Welcome-Party
Sa.	27.9.	22:00 Rosa Disco

Oktober

Fr.	3.10.	22:00 Mash up di place
Sa.	4.10.	22:00 Homophilias – Party für Lesben und Schwule
Fr.	10.10.	21:00 Avoid Carma – Release Konzert
Fr.	17.10.	23:00 Teonanacatl
Sa.	18.10.	22:00 Männerfabrik
Fr.	24.10.	20:00 Punkinvasion IV
Sa.	25.10.	22:00 Rosa Disco

Wöchentlich

Mo.	19:00	Archiv
Mo.	19:00	Antiraplenum OI/BI (nur in geraden Wochen)
Mo.	19:30	Crush Hour Concerts
Mo.	20:30	Antifa-Café
Di.	20:00	Subklub
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Rechtshilfe